

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postkassenkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelselle oder deren Raum 1.90 M. bei Vorkaufspreis 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabstände und alle Postanstalten entgegen.

Regierungs-Gingeständnisse.

Berschwiegene Putsch-Pläne und ohnmächtige Regierungsstellen.

Was die Regierung von Rechts-putschplänen weiß!

Berlin, 25. Mai.

Die Regierung sieht sich nunmehr genötigt, selber mit dem Material an die Öffentlichkeit zu treten, das ihr über die Vorbereitungen der Gegenrevolution bekannt geworden ist. Es ist bezeichnend für die Sorglosigkeit, mit der die Regierung wieder einmal den Interrevolutionären und rechtsputschistischen Bestrebungen gegenübersteht, daß sie selbst bekennt, daß sie bisher die Berichte ihrer Provinzkommissare und Gewährungsleute der Presse und der Öffentlichkeit verschwiegen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten. So wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelassenen Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Verordnungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Augen der Bevölkerung überlassen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten. So wird jetzt aus Stettin gemeldet, daß täglich Trupps von 25 bis 50 Mann mit Waffen ankommen, die aus den aufgelassenen Freikorps stammen. Mehrere Transporte sind völlig unbeobachtet geblieben, da die Kommandantur entgegen den bestehenden Verordnungen die bewaffneten, jetzt aber entlassenen ehemaligen Angehörigen der Freikorps vor den Augen der Bevölkerung überlassen hat, obwohl sie alle höchst bedenklichen Material der Regierung mitteilten.

walt stellt, und weil sowohl das Reichswehrministerium als auch das dem Minister Koch unterstehende Reichsministerium des Innern, in dem der Unterstaatssekretär Gewalt und der Geheimrat Jakob die treibenden Kräfte sind, alle geplanten Maßnahmen sabotieren. An irgendwelche ernsthaften Putschabsichten kommunistischer Kreise glauben die eingeweihten Regierungsstellen nicht, da sie die Kommunisten für viel zu klug halten, um durch einen Putsch, der zum Scheitern verurteilt ist, der Reaktion die Macht in die Hände zu spielen. Dagegen befürchtet man, daß die weitere Entwicklung der Wirtschaftskrise inwischen zu großer Arbeitslosigkeit führen werde, daß dann durch die Not Menschen entstehen, die von den putschistischen Reaktionen geschickt benutzt werden, um mit Hilfe ihrer Organisation die Militärbildung zu erleichtern. Diese Organisation ist inzwischen so ausgedehnt und weitverzweigt, daß trotz aller Anstrengungen sie doch in ihren letzten Zusammenhängen nicht übersehen werden kann. Die entlassenen Freikorpsangehörigen tanzen mit ihren Waffen überall auf und verlieren sich auf den Gütern in Ostpreußen und Pommern, verschwinden in Westfalen, Preußen oder einen festem organisierten Zusammenhang und genaue Parole für das Volkshaus.

Die Freiheit schreibt zu der Behauptung eines bevorstehenden Linksputsches: Wir wollen zunächst feststellen, daß es die einmütige Überzeugung unserer ganzen Partei ohne Unterschied irgendwelcher Richtungen ist, daß ein gewalttätiges Vorgehen in der gegenwärtigen Situation die denkbar größte politische Torheit wäre. Die Partei ist der Auffassung, daß ein solches Vorgehen tatsächlich nur den Putschisten von rechts gelegen kommt, der Arbeiterbewegung aber nur zum größten Schaden berechnen könnte. Die Nachricht über geplante Putsche von links führt die Freiheit auf die Bodpolitik der Offiziere zurück, die sich in Arbeiterkreise einschleichen. Sie weist dabei auf das Material hin, das der Generalkommando in den Händen hat, während des Kampfes abgenommen wurden, gefunden habe. Die Gefahr besteht nur darin, daß man den Sozialisten irgendwelchen Glauben schenkt und dadurch die Aufmerksamkeit von der wirklichen Gefahr des Rechtsputsches ablenkt. Diese Gefahr ist ernst und zu ihrer Abwehr muß die Arbeiterbewegung bereit und entschlossen sein.

Balkumer-Aufgebot.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenpost berichtet über ein Schreiben, das in den Pfingstfeiertagen die schon vor einem halben Jahre entlassenen Balkumtruppen aus dem Winterlager erhalten haben und das nun mit dem alten, längst ungültigen Regimentskempel „M. G. S. Abt. Damm, Deutsche Legion“ versehen, unfrankiert ausgegeben und von der Post selbstmörderweise ohne Straßporto befördert worden ist. In dem Schreiben, das von dem Brigadeführer Stever unterzeichnet ist, heißt es:

„Beim Abschied versprach ich Ihnen, Sie alle wieder zusammenzuführen, wenn es möglich sein werde, weiter im deutschen Sinne zu arbeiten. Ich glaube, diese Gelegenheit wird sich in der nächsten Zeit bieten. Ich beabsichtige, gemeinsam mit andern Balkum-Kompanien mich an dem Soldatenbildungsunternehmen zu beteiligen, das mit Unterstützung der preussischen Regierung und des Reichswehrministeriums im Gange ist. Unter Umständen kommt auch ein Siedlungsunternehmen im Auslande in Frage. Zu diesem letzteren könnten allerdings nur kriegsbrauchbare Leute in Frage kommen, die möglichst auch ihre Uniform und ihre Waffen mitbringen müßten, da in der vorgesehenen Gegend noch mit Kampf vorausichtlich zu rechnen ist. Für die erste Zeit ist deshalb militärische Übung und Verpflegung vorzuziehen, die besser sind als die augenblicklichen Sätze in Deutschland. Falls Sie an unserem gemeinsamen Unternehmen sich beteiligen wollen, senden Sie Ihre Adresse, sowie auch die gleichgültigster Kameraden an die 3. M. G. R., 4. Marine-Regiment, Munsterlager, Wellblechbarade 47. Sie werden dann zur gegebenen Zeit Näheres erfahren. Beide Unternehmen kommen für Anfang Juni in Frage.“

Nach allem, was in den letzten Tagen bekannt geworden ist, liegt der Verdacht sehr nahe, daß dieses „Siedlungsunternehmen“ nur der Deckmantel für Organisierung des neuen Rechtsputsches ist. Außerdem erfährt man aus diesem Schreiben, daß die entlassenen Balkumer im Besitz ihrer Waffen sind!

Das Ende der antirevolutionären Nationalversammlung.

W. O. Für die kleinbürgerliche Geschichtsauffassung, die die treibenden Kräfte der Welt- und Menschheitsgeschichte in Gesetzesparagrafen, Verfassungsartikeln und Vertragsbestimmungen sieht, ist am Freitag, dem 21. Mai, mit der letzten Sitzung der Nationalversammlung eine historische Epoche geschlossen worden.

Die bürgerliche Geschichtsauffassung kennt keine revolutionäre Entwicklung, sie sieht darin ein unerlaubtes Vorgehen gegen ihre nach Vorschriften und Paragraphen geregelte geschichtliche Entwicklung. Mit dem 10. November 1918 war Deutschland in diesen geschichtlichen und deshalb verabschiedungswürdigen Zustand eingetreten. Der paragrafenmäßige Ablauf der geschichtlichen Entwicklung, der die ungeführte Ruhe und Beharrlichkeit des Spießbürgers garantierte, war gelöst worden. Revolutionäre Ereignisse hatten das Bürgertum nicht nur aus seinem wohlgeordneten Dämmerzustand angegriffen, sondern es gleichzeitig in seiner politischen Macht und wirtschaftlichen Herrschaftstellung bedroht. Es galt wieder „Ordnung“ zu schaffen, deshalb der allgemeine Schrei nach der Nationalversammlung.

Zwei große Aufgaben waren der Nationalversammlung gestellt: Frieden zu machen und eine neue Verfassung zu schaffen, d. h. nicht etwa den revolutionären Ereignissen und dem Geist der Zeit Rechnung zu tragen, sondern mit größter Geschicklichkeit, so reibungslos wie möglich wieder in die alten Bahnen einzulenken. An sich hätte die Nationalversammlung nicht interrevolutionär zu sein brauchen. Sie war es erst in dem Augenblicke, als auch die Rechtssozialisten sie zu dem Mittel machten, mit dem sie auf schleunigste dem Gang der revolutionären Entwicklung ein Ende bereiten wollten.

Und so war teils das Wirken dieser Nationalversammlung vom ersten bis zum letzten Tage antirevolutionär. Ihr Ziel war nicht, neues zu schaffen, sondern das niedergeworfene Alte wieder aufzurichten. Sie suchte keinen neuen Kurs, sondern kehrte mit voller Kraft in die alten Bahnen zurück. Keinen einzigen neuen Gedanken hat sie hervorgebracht. Die früh polierten Phrasen aus dem politischen und diplomatischen Schatz des kaiserlichen Meines, des Gottesgnadentums, des Militarismus, der kleinbürgerlichen Ideologie waren Vektoren und Vehemente ihres Handelns. Deshalb stand sie hilflos dem Friedensworte gegenüber. Sie hat sich ein jämmerliches Bild der Volkvertretung der Welt dargeboten, als in den Fünftagen 1919 die Nationalversammlung die Verantwortung für ihre unüberdacht fortgesetzte militaristische Außenpolitik durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages übernehmen sollte. Wenige Tage vorher hatten in allen Volksversammlungen vom Reichspräsidenten über den Reichskanzler bis zum letzten bürgerlichen und rechtssozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung alle Volkstribuner und Volkserheber das „Niemals!“ gegen die Unterzeichnung in die Welt gerufen. Und als dann der Tag kam, an dem es galt, aus den Phrasen Faten werden zu lassen, da krochen sie zusammen wie die Hühner beim Gewitter und ließen durcheinander wie die Hammelherde beim nahenden Wolf, um zum Schluß de- und wehmütig das zu tun, wozu in Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeiten sich unsere Fraktion vom ersten Tage zu bekennen den Mut gefaßt hatte; zu unterzeichnen. Aber den Mut zu den Konsequenzen aus dieser geschichtlichen Notwendigkeit, den Mut zur revolutionären Entwicklung, den fanden sie nicht.

Man banke und kostete an dem Gebäude, in das man schleunigst die rebellisch gewordene geschichtliche Entwicklung wieder hineinstellen wollte. Sorgsam zog man Fäden um Fäden, bis das Volk, das die Fesseln gerissen hatte, wieder in das Netz eingesperrt war, das die Verfassung nannten und das dem bedrückten Kapitalismus seine wirtschaftliche Existenz, seine politische Macht und die geistige Anrechtenschaft der Ausgeborenen überließ. Die rechtssozialistischen Volksbeauftragten hatten sich nicht geschert, einem bürgerlichen Politiker, dem Staatssekretär Dr. Preuß, die Ausarbeitung der Verfassung zu übertragen. So wenig sie etwas von revolutionärer Entwicklung wußten, so wenig kannten sie eine sozialistische Verfassung. Die Kapitalisten hatten die Situation schnell begriffen. Sie hängten ihren Interessen zur Verdeckung der brutalen Waffen- und Machtmittel, der militaristischen Herrschaft und der Volksherrschung durch das Gottesgnadentum das alles verdeckende Mäntelchen der Demokratie um. Und Sozialdemokraten stießen Hufeisen auf, daß nun die Demokratie erreicht und alles Ziel und Streben erfüllt sei. Bedenkend traten sie der enttäuschten und empörten Arbeiter-

Die Regierung verschweigt also längere Zeit ihre Kenntnis der Rechtsputschpläne der Öffentlichkeit. Warum? Etwa weil sie sie so besser aufspüren und zu vereiteln glaubte. Das wäre natürlich Unfug bei dem ausgebildeten Nachrichtenwesen der Rechtsputscher und der Tatsache, daß sie ihre Spione in allen Regierungsstellen sitzen haben. In Wirklichkeit läuft dieses Verschweigen auf eine Begünstigung der Rechtsparteien hinaus, deren Wahlpropaganda vor Störungen sorgsam bewahrt wurde. Im großen Gegenlag steht dazu die Verschwiegenheit, mit der die Offiziere die blödesten Schwindelnachrichten militärischer Spitzelorganisationen über angebliche kommunistische Putschpläne verbreiten!

An den neuen Enthüllungen ist besonders interessant die Rolle, die eine militärische Stelle spielt. Die Kommandantur Stettin leistet bei der Organisierung des neuen Putsches, bei der Verbergung der voll bewaffneten Freikorps-Trupps Hilfsdienste, hilft die Transporte vor den Augen der Zivilbehörden verbergen. Darf man sich die Frage erlauben, was mit den verantwortlichen Personen der Kommandantur geschieht? Sind sie abgesetzt, sind sie inhaftiert? Wir glauben es nicht, denn da wäre es schon mitgeteilt. Wir wissen, den Herren wird nichts geschehen und sie werden fortfahren im böllischen Werte!

Die Ohnmacht der Koalitionsregierung.

Berlin, 26. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, halten die eingezeichneten Regierungskreise Mittelungen, die der Vorwärts gestern über einen bevorstehenden Rechtsputsch gemacht hat, für voll der Wahrheit entsprechend. Einzelne Regierungsstellen, die infolge ihrer Respektlosigkeit über das Material besonders gut informiert sind, sind der Ansicht, daß alle in der Presse erhobenen Klarmache an die Wahrheit noch nicht heranreichen! Die Lage ist furchtbar ernst, die Regierungsmänner, die etwas zur Sicherung gegen den bevorstehenden militärischen Putsch unternehmen wollen, sind dazu nicht in der Lage, weil ihnen die Exekutiva-

Wagt entgegen. Was heißt, die Arbeitervertreter haben doch auf Ministergeheiß, was wollte man denn mehr? So ward die Verfassung. Ohne irgendeine neue geschäftliche Idee, ganz nach dem System der alten guten preussischen Staatsverfassung, nach dem bewährten kaiserlichen Muster. Und was an Gedanken erneuernder Art etwa noch in der Verfassung sein konnte, wie die Neueinteilung des Reiches nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ward von Reichsrat und Nationalversammlung sorgfältig ausgemerzt.

Und so ging der Weg fort von einem Leidenstreuz der Arbeiterschaft zum andern. Die Walfahrer auf dem Wege der deutschen Revolution schwebten und praktierten und die, die auf die Zeiten, auf den Segen des Walfahrtszuges warteten, sahen das Reich in Trümmern zerfallen, die Wirtschaft zusammenbrechen, sahen modernes Raubrittertum, skrupellose Kartellwirtschaft, ungeheures Schieber- und Schleichhandelswesen. Sahen die Presse zu unerhörten Höhen schnellen, hungerten und darben, froren stierend im Finstern, während in hellerleuchteten Sälen, während die vom Blute des arbeitenden Volkes genährten Kriegsgewinner, die Zinsen ihres ins Ausland verschobenen Kapitals verprassen und sich lächelnd rühmten, die Revolution erdolcht, erwürgt, erstikt zu haben. Und wenn ein wilder Schrei der Empörung, der Verzweiflung aufklang, wenn die brandenden Wogen der Erregung das Kammer- und Büchsen des Volkes in die heiligen Hallen der Nationalversammlung trugen, dann verkroch sich diese hinter die Maschinengewehre der Noke und Peine.

Und so wurden aus den Gedankten, die in den Novembertagen 1918 niemand sah, die stierend in den Kellern ihrer Häuser sahen in der Furcht, daß das Volk Rechenschaft von ihnen fordern werde, die noch in den ersten Tagen in Weimar kaum den Mund zu Worten des Protestes zu öffnen wagten, die heuchlerisch und feige sich auf den Boden der Tatsachen stellten, so wurden aus diesen gedankten Bourgeois langsam aber sicher wieder die hochschalend aufrechtstehenden Anführer, die sich sicher wußten vor der Wut des Volkes im Schutz der Maschinengewehre und die die Brosamen von ihrem Tische den rechtssozialistischen Handlangern hinwarfen, die dem Proletariat den Weg des Sozialismus und der Revolution verstreut hatten.

Und so klappte die Gesechsmaschine Entrechtungsgefes um Entrechtungsgefes, Anbelungsparagraf um Anbelungsparagraf. Wer kann heute den Kammer noch all ausfüllen, den wir mehr als zwölf Monate mit ansehen mußten. Das Hauptplakat: „Die Sozialisierung ist da!“, mit dem man das Volk belog, ist das Wahrzeichen der Wirtschaftspolitik dieses Parlamentes. Vom Betriebsrätegefes führt der Weg zum geplanten Antikriegsgefes, vom Ausnahmestillschluß zur Erhaltung der Militärgerichtsbarkeit, vom Reichsbesetzungsgesetz bis zur Selbständigkeit des reaktionären Bayerns und der Zerrücktheit des Reiches. In ihrer eigenen politischen Unfähigkeit und kapitalistischen Böswilligkeit stirbt diese Nationalversammlung, die Völkervertrag und Rechtssozialisten dem Volke als das allein seligmachende Heil angepriesen haben.

Aber ein großer Fehler ist in der Rechnung der schlaun bürgerlichen Gesellschaftsmacher: die revolutionäre Entwicklung ist nicht beendet mit Beschluß der Nationalversammlung, mit Verfassungsgesetz und Gesechsparagrafen. — Die Nationalversammlung ist tot, es lebt der revolutionäre Geist des deutschen Volkes.

Sondenrierte Reaktion.

Der „Ordnungsblock“ in Bayern.

In Bayern herrscht Ordnung. Die Ordnung nämlich, die das reaktionäre Bürgertum meint, die von den blauen Bajonetten der Epp-Truppen getragen und von einem klerikalen, antisemitischen und reichsfeindlichen Ministerpräsidenten, der nur einer Prätorianerrevolte sein Amt verdankt, beherrscht wird. Die tief in den Reaktionsjumpf herabgedrückte politische Gesamtsituation dieses „weihen Bayern“ gewinnt jetzt in dem längst vorbereiteten, nun aber glücklich aus der Taufe gehobenen Einheitsblock der bürgerlichen Parteien gegen den Sozialismus, ganz gleich, welcher Parteilagerung, ihr getreues Spiegelbild. Fünf bürgerliche Parteien, Bauernbund, Mittelständler, Klerikale, Demokratie und Deutsche Volkspartei, haben sich unter der Regide des Münchner Bürgerrats auf gemeinsame Richtlinien geeinigt, die sich gegen die sozialistische Weltanschauung, gegen den Klassenkampf, gegen die Diktatur des Proletariats, gegen Materialismus und stilkliche Verfassung wenden. Man heuchelt also pharisäisch christliche Entzückung gegen die historische Wahrheit des Klassenkampfes und predigt selbst den Religionskrieg der Bourgeois- und Ausbeuterklasse gegen die Arbeiterschaft. Die demokratischen Fabrikanten steht man dabei in trautem Verein mit den kirchlich geknüpften Bauern, den liberalen Professor mit dem katholischen Schwarzkittel, den bayrischen Separatisten mit dem großdeutschen Volksparteiler. Der Kitt gegen das Proletariat klebt besser als aller Leim von besonderen Parteiprogrammen.

Besonders den Demokraten im Reich ist das Mittun ihrer Gesinnungsgenossen in Bayern bei der dunkelsten Reaktion natürlich nicht gerade angenehm. Man läßt sich nicht gern seinen eigenen reaktionären Verdesuch entlocken. So kommt es, daß das linksdemokratische Leipziger Tageblatt, immerhin klüger geleitet als die demokratischen Dudenblättchen, „ein Unglück für Reich und Volk darin sehen“ würden, wenn sich das bayrische Muster auf Deutschland übertragen würde. Bezeichnend für die Demokraten ist aber nicht diese Auslassung des Leipziger Blattes, sondern z. B. die Tatsache, daß kein einziges demokratisches Blatt Berlins gleich nach Bekanntwerden der Meldung kritisch gegen den Vorgang Stellung zu nehmen wagte. Das Berliner Tageblatt, doch sonst in allen Fragen der demokratischen Partei führend, stellt z. B. vorläufig in seinem Kommentar nur die Tatsache fest, daß sich die bayrischen Demokraten in eine sozialistenfeindliche Stellung schieben ließen. Eine grundsätzliche Ablehnung des demokratischen Sündenfalls hat aber weder dieses Blatt, noch irgendeine andre Stelle der demokratischen Partei bisher a tempo und ohne Zaudern gewagt. Das beweist für die innere Rücksichtslosigkeit auch dieser Partei alles.

Um so lauter jubiliert natürlich die extreme Rechte über den ihr gelungenen antikommunistischen Fischzug in München. So trompetet ein gotteslästerlicher Diakonius im Reichsbote, daß das Rezept nicht sein könne, die Sozialdemokratie (alias Arbeiterschaft) zu schonen, sondern es müsse das Rezept sein, „klare Verhältnisse zu schaffen wie in Bayern“, wo es auch ohne sie ginge, und zwar ganz vortrefflich. Nun: Wer leben wird, wird sehen, wie „ganz vortrefflich“ sich die künftigen Dinge gestalten werden. Wir glauben auf jeden Fall noch so, daß den frommen Pastoren des Reichsbotes noch die Haare zu Berge stehen werden!

Unser Parteiorgan, Der Kampf

in München, darf mit Zustimmung des Putschministers Rahr nunmehr endlich, nach reichlich vierzehn Tagen, wieder erscheinen. Der Not gehorchend, sicherlich nicht dem eigenen Trieb, haben die Münchner Hecker der Pressefreiheit nun nachgegeben, nachdem ihnen ein Ultimatum der Gewerkschaften die Pistole an die Brust gesetzt hatte. So „ganz vortrefflich“, wie der Reichsbote meint, scheint's sich also in Bayern doch nicht für die Dunkelkammer zu

leben. Und die Sprache, die unser Organ in seiner ersten Nummer gegen Herrn Rahr führen darf, klingt auch nicht gerade wie die eines Gefolgsenen und sich-Befehl-Wählenden. Es heißt da: der Reaktion zum Trotz, unmissverständlich;

„Es sind ebenso unangenehme wie unbedeutsame Dinge, die zum Aufheben des Kampfbots geföhrt haben. Das langsame Lösen der Münchner Betriebsräte und Gewerkschaften, das allerdings noch nicht die notwendige schlagfertige Solidarität verrät, und die neuerlichen mittelständlichen Schläge der Volkswirtschaft haben Herrn von Rahr weicher geföhnt.“

Und zum Schluß heißt es: „Philosophieren wir nicht mehr, sondern kämpfen wir! Rühr ist von den Volkswirtschaften zurückzuziehen!“

Ein heller, schmetternder Panzerstoß, der den Kampf des bayrischen Proletariats um seine Befreiung aufs neue belebt. Aber wie sagt der Reichsbote? Es lebt sich „auch so ganz vortrefflich in Bayern“. Auch so?

Das Schauernmärchen von Döbeln.

Bereits in vergangener Woche verwendete das Leipziger deutsch-nationale Blättchen, die Allgemeine Zeitung (Stadt- und Dorf-anzeiger) gegen unsere Partei eine Notiz, die sie wohl einer in Dresden erscheinenden Bismarck-Korrespondenz, also irgendeinem Bismarckreplik der antikommunistischen Woche, entnommen hatte. Nach dieser Notiz sollte auf der Döbelner Kreisversammlung der U. S. B. am 14. Mai nach einer Rede M u d e r s' Worten, der aufgeföhrt haben sollte, den ländlichen Wählern das Blaue vom Himmel im Interesse des sozialistischen Wahlkampfes herunterzulassen, der Genosse Dr. Meyer einen Antrag eingebracht haben, in dem es abgelehnt wird, mit in den Reichstag einzuziehen, dafür aber aufgeföhrt wird, mit Gewalt die Kreditkassen zu erringen. Wir haben bereits damals festgehalten, daß weder M u d e r s noch Meyer an der Döbelner Tagung teilgenommen haben und daß es sich also nur um einen außerordentlichen plumpen Wahlwindel deutsch-nationaler Schreiberkulis handeln kann.

Nun aber ist das Corpus delicti dieses verleumdlichen Verbrechens wenigstens entdeckt. Die Deutsche Zeitung ist nämlich in der Lage, die Protokolle der Döbelner Kreisversammlung im Wortlaut zu veröffentlichen. Welchem Antisozialisten der wackeren deutsch-nationalen Sozialisten über dabei auf den Leim geföhrt sind, beweist uns ein klüger Blick in dieses Protokoll. Danach hat „der Vorkühnde Richard Plinckst die Sitzung 8 Uhr 45 Minuten eröffnet“. Das wissen also nun heute sämtliche Abonnenten der Deutschen Zeitung ganz genau, nur Genosse Plinckst selbst weiß es nicht, es sei denn, daß er gleichzeitig mit uns die Deutsche Zeitung kauft und auf diesem Impulse erfahren hat, daß er ebenfalls in Döbeln gewesen sein soll. In Wirklichkeit war auch Plinckst weder am 14. Mai noch sonst an einem Tage der Wahlkampagne dort. Die Sache wäre um Lachen, wenn sie nicht so tragisch wäre. Sie beweist den ungeheuren Tiefstand und die ganze Verzweiflung der Wahlsituation, wie sie heute von den „nationalen“ Parteien betrieben wird.

Genosse M u d e r s hat übrigens, wie er uns mittels der Leipziger Allgemeinen Zeitung sofort eine Berichtigung geschickt, in der er u. a. feststellt, daß er seit Jahren überhaupt nicht in Döbeln gewesen ist. Bisher hat sich das deutsch-nationale Blatt aber in dieser Sache nicht gekümmert, obwohl es mit so allergrößter Berleumdung in die Welt geleitet hatte. Die Leipziger Reuektionen Nachrichten entblößen sich aber nicht, heute zum zweiten Mal ihrem bornierten Publikum ganz denselben dreifachen Schwindel vorzuführen. Ein gesunder Sichelträgermaggen ist eben für solche antikommunistische Pönsenstücke bis zum Erbrechen empfänglich!

Aus der gleichen Quelle wie dieses Döbelner Schauernmärchen stammen Berichte über kommunistische Putschpläne in Mitteldeutschland. Dazu wird uns aus Halle a. S. geschrieben:

Durch die ganze reaktionäre Presse gehen seit einiger Zeit Schreckensnachrichten über unmisslich bevorstehende oder plötzliche zur Wahl ausbrechende Putsche. Die latente Bekannte Deutsche Zeitung und andre Rapp-Rezepte bemühen sich tagtäglich um den Nachweis, daß in Mitteldeutschland kommunistische Putschpläne im Gange seien, die nicht anders im Ziel hätten, als die Verdrängung der mittelständlichen Putschpublik. Diese Katastrophennachrichten tragen den Stempel der plumpesten Spinnweberei an der Sten, was aber nicht hindert, daß selbst der famose Reichssozialist für die öffentliche Sicherheit zu wiederholten Malen darauf hingewiesen ist. So bei dem Häuserkampf in Sangerhausen und bei dem Freitag vorgenommenen Verhaftung unseres Genossen Professor Dr. Westmeier, der in Haft genommen wurde, weil er in dem Verdachte stehen soll, daß er nach Halle gereist sei, nicht um dort in einer Kreisversammlung über die Räte der Beamten und Angestellten zu sprechen, sondern um die mitteldeutsche Putschpublik zu errichten. Alle diese Katastrophennachrichten dienen dem ausgesprochenen Zweck, die Öffentlichkeit von den mit großem Eifer betriebenen Vorbereitungen zur Wehrerhebung der mittelständlichen Gewalt herrschaft abzulenken. Der Bantraub in Sangerhausen, der, wie einwandfrei feststeht, von der Schriftstellerin Gabriele Schröder-Wahlke inszeniert worden ist, sollte die Einstellung zu dem „Räte-Putsch“ sein. Frau Schröder, die früher im Dienst der Berliner Kriminalpolizei gestanden, und jetzt eins der gefährlichsten Subjekte der Gegenrevolution ist, tauchte vor einigen Wochen in Halle auf, versehen mit den besten Ausweisen der KPD, und mit einem von der Polizei ausgestellten Berechtigungschein zum Tragen von Männerkleidung. Die Halleischen Mitglieder der KPD, gingen auf den von dem Frauenzimmer verfolgten Plan der Schaffung einer Kampforganisation zum Schein ein, und konnten nach langer Mühe hinter die Schliche dieser laubenden Person kommen. Die Agentin wohnt in Naumburg, dem Sitz der Rappisten Schiele und Traub, eine luxuriös eingerichtete große Wohnung. Von der Militärbehörde in Halle besitzt sie einen auf den Namen Wölfer Golden lautenden Ausweis als Dolmetscherin. Die überaus reichlichen Geldmittel besitzt die Agentin durch einen Deputant Hansen, der im Allanprozeß unter seinem richtigen Namen Deputant Schaum eine höchst wichtige Rolle gespielt hat. Alle zur Verfügung stehenden Gelder kommen von der Antikommunistischen Liga, die im letzten Jahre etwa 9 Millionen Mark für diese Zwecke, hauptsächlich von den Großindustriellen, zur Verfügung gestellt bekam. Die kürzlich von der Deutschen Zeitung veröffentlichten Feldzugspläne der „Roten Armee“ in Mitteldeutschland, die eine gemeine Bege gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft entfachen und die Notwendigkeit einer militärischen Aktion beweisen sollen, stammen aus dieser trüben Quelle. Es ist geahnt, in das dunkle Treiben der Halleischen Spinnzentrale (weiter Oberleutnant Giehn) Einblick zu nehmen. Der Zweck der in Mitteldeutschland arbeitenden Organisation ist die Zerstückelung der geschlossenen hinter der U. S. B. stehenden Arbeiterschaft. Das soll dadurch geschehen, daß man die führenden Genossen durch gefälschte Dokumente kompromittiert. Man will die Heilsporne gewinnen, um Teilmaktionen, bewaffnete Ueberfälle usw. zu unternehmen, um ein militärisches Eingreifen in Mitteldeutschland zu ermöglichen.

Die Einwohnervewehrer, die längst aufgelöst sein sollen, sind wieder neu aufgerichtet. In Halle ist diese reaktionäre Garde 2400 Mann stark. Reichswehr und Sicherheitspolizei sind neu gruppiert und aufgestellt. Munition und Geschosse sind reichlicher in und um Halle untergebracht, so daß es den militärischen Putschplänen ein leichtes sein würde, bei von Spinnern und Provokatoren inszenierten Putschversuchen gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Um verheerenden ist den mittelständlichen Nachbarn in Halle der dortige Polizeidirektor, Genosse Reissand. Man plant ihn sowie eine Reihe anderer Genossen aus irgendeiner Weise ungeschädlich zu machen. Ist diese edle Absicht nicht mit List zu erreichen, dann will man vor Gewalttaten nicht zurückweichen. Man verbreitet gefälschte Scheine, aus denen ersichtlich ist, daß sich in Halle Werbestellen für die Rote Armee befinden.

Aus alledem geht hervor, daß die reaktionären Kreise jetzt deshalb soviel über die von links geplanten Störungen der Reichstagswahl schreien, um ihre eigenen Mäntel um so besser neuwickeln zu können. Man fürchtet das Zustandekommen der Reichstagswahl mit dem sicher zu erwartenden Anwachsen der Linksparteien und

schlechte aus diesem Grunde schnell noch die monarchistische Gewalt herrschaft aufzuheben. Die Arbeiterschaft hat überall alle Ursache, auf der Hut zu sein und sich von keiner Seite provozieren zu lassen.

Eröffnung der Wahlfreiheit im amerikanisch besetzten Gebiet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie des Bezirks Mittelrhein hatte in dem von den Amerikanern besetzten Gebiet, einem Teil des Wahlkreises Koblenz-Trier, zu Koblenz ein Wahlbureau eingerichtet und den Genossen Rübhausen zum Leiter bestellt.

Am 20. d. M. nun wurde Genosse Rübhausen von der Besatzungsbehörde nach Koblenz geladen und einem amerikanischen Major vorgeführt, der sich als politischer Chef des amerikanischen Oberkommandos vorstellte. Hier wurde dem Genossen Rübhausen ohne Angabe von Gründen der Ausweisungsbefehl gegeben. Auf die Frage nach den Gründen der Ausweisung wurde ihm von dem Herrn Major zur Antwort gegeben, er wolle „mit diesem Gesindel nichts zu tun haben“. Unser Genosse protestierte, er beanspruche, als Mensch bewertet zu werden, der aus idealen Gründen für die Partei arbeite, das wurde bezweifelt. Als die Ausrufung des amerikanischen Offiziers: die USA bekomme im ganzen Bezirk keine 2000 Stimmen, von R. bestritten wurde, erhielt er wiederum die typische Antwort: Wenn es mehr sind, dann lasse ich die Trennung vorziehen.“ Zum Schluß erhielt unser Genosse den Befehl mit auf den Weg: „Sagen Sie Ihren Genossen, daß es Ihrem Nachfolger genau so gehen wird.“

Damit ist also die Parteilosigkeit für unsere Partei in dem von den Amerikanern besetzten Teil des Wahlkreises so gut wie aufgehoben. Die Wahlfreiheit ist zerstört!

Wird die deutsche Regierung sofort mit der nötigen Energie gegen diese Verletzung der Wahlfreiheit Protest erheben? Die Gültigkeit der Wahl ist in Frage gestellt. Dem amerikanischen Major wird zu bedeuten sein, daß die wilde Sozialistenverfolgung, die in den Vereinigten Staaten im Schwunge ist, in Deutschland denn doch noch nicht verfassungsgemäß ist!

Die Brief- und Telephon-Spionage.

Die Berliner Presse-Konferenz hat am 25. Mai einen Beschluß gefaßt, in dem sie gegen die bestehende Brief-, Fern- und Telephon-Spionage auf das energischste Protest erhebt. Sie hat an den Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, die Brief-, Fern- und Telephon-Spionage zu beseitigen. Sie erklärt in diesen beiden Maßnahmen eine Verletzung der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers. Die politische Gefährdungsschnüffelei wird durch diese beiden Maßnahmen geradezu gelähmt. Die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses ist nicht möglich, wenn das Redaktionsgeheimnis von den amtlichen Stellen nicht geschützt wird, und eine geordnete politische Tätigkeit kann nicht erreicht werden, solange jedes Telephongespräch und jeder Brief der Spionage ausgesetzt werden. Es ist ein treffliches Zeichen für die Macht, die die Regierung über ihre eigenen Instanzen besitzt, daß der Vertreter der Reichsregierung auf die Frage, ob mit dem Belagerungszustand auch die Telephon-Spionage beseitigt sei, erklärt, er könne eine Garantie dafür nicht übernehmen. Man wisse ja, daß nicht immer das durchgeföhrt werde, was die Reichsregierung anordnet. Das heißt also, daß auch heute nach der Aufhebung des Belagerungszustandes niemand vor der Ueberwachung seiner Telephongespräche sicher ist.

Auch Württemberg?

Der Reichspräsident hat in seinem Erlass über die Aufhebung des Belagerungszustandes in einzelnen Teilen des Reiches mitgeteilt, daß unter anderem auch in Württemberg der Belagerungszustand nicht bestehe. Trotz dieser Feststellung läßt die württembergische Regierung in ihrem Gebiet auf Grund des Belagerungszustandes alle ihr gefälligen Maßnahmen aus. Sie läßt Telephonspionage, kontrolliert die politischen Versammlungen, läßt sie durch Militär ausüben, anberagen, stört Demonstrationen. Die Reichsregierung erfährt davon wieder einmal erst durch die Presse und ist aufs höchste überrascht über diese Zustände. Es wird interessant sein zu erfahren, was die württembergische Regierung nach dem Erlass des Reichspräsidenten zu tun gedenkt, ob sie auch weiterhin die Maßnahmen auf Grund eines nicht bestehenden Belagerungszustandes ausüben wird, ob sie weiterhin die Freiheit ihrer Staatsbürger nach Belieben mißhandeln wird, oder ob es der Regierung gelingen wird, sich, wenn schon nicht in Bayern, so doch wenigstens in Württemberg den letzten Rest ihrer Autorität zu sichern.

Sie spotten ihrer selbst.

Ueber den sich immer bemerkbarer machenden „jüdischen Antisemitismus“, von vielen politischen reaktionären denkenden Juden geflüstert zur Schau getragen, um sich in die honette „nationalsozialistische“ Gesellschaft einzutragen, schreibt jetzt die Jüdische Rundschau:

Symptomatisch für die Gesinnung zahlreicher deutscher Juden sind Insarate, die in manchen jüdischen Blättern erscheinen. Es werden dort Angelegenheiten gesucht und zur Bedingung gemacht, daß der Betreffende nicht Jude sein darf. So z. B. sucht Herr Scheitelowitsch in Binten einen Uhrmacherehilfen, Schabbes frei, räumliche Kost, „verachtet“ aber auf Ostjuden. Ein Dokument des mangelnden jüdischen Solidaritätsgelübes ist auch ein Brief des „Bundes jüdischer Frontsoldaten“, München, an die bayrische Regierung, in welchem gesagt wird, daß „auch wir“ von der Regierung die rücksichtslose Entfernung aller „unser deutsches Ortmalend schädigenden Personen, woher sie auch kommen mögen“, verlangen. Danach wird aber Verwahrung dagegen eingeleitet, daß der Begriff „Fremdstämme“ auch auf die in jahrhundertelanger Tradition mit Deutschland verbundenen Juden ausgedehnt wird. Die Gesinnung dieser Briefschreiber ist nicht nur unversteherlich, sondern auch unbeherrschbar. Denn sie sollten eigentlich schon eingesehen haben, daß solche Abgrenzungen nicht gelingen können und daß, wer auf der einen Seite der Judenabstreibung das Wort redet, auf der andern Seite Gefahr läuft, daß die empfohlenen Maßnahmen vor ihm selbst nicht halt machen.

Sie spotten ihrer selbst! Wenden die Juden, die sich bei den antisemitischen bürgerlichen Parteien befinden, wirklich, daß sie mit dem Antisemitismus vor dem Raubau-Antisemitismus und mit Verwendungen vor Knippel-Kunze so etwas wie „hoffähig“ in den Augen unserer „Nationalen“ werden können? Würde- und Charakterlos handelt nach unfrer Ueberzeugung der Jude, der im Vollbesitz der Erkenntnis nicht für die Partei eintritt, die allein den Antisemitismus aus Prinzip ablehnt. Es gibt aber keine solche „Kultur“ der Arbeiterbewegung.

Weiß-Bayern und Weiß-Ungarn.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung finden zwischen der ungarischen Regierung und Bayern seit einiger Zeit Verhandlungen wegen Kompletionsverträge statt. Der Generaldirektor der Reichsreuehandelsbank, Boeber, und Ministerialdirektor Raub verhandeln hier über die Durchführung der Verträge. Bayern soll landwirtschaftliche Geräte, Düngstoffe für die ungarische

Landwirtschaft sowie Handel aus verschiedenen Ländern. Ungarn dagegen Rohstoffe, Schmelzblei, gemahlene Wolle, Wein, Getreide und Mais. An der Transaktion sind auch zwei Großbanken beteiligt.

Die französischen Sozialdemokraten gegen eine Milderung des Friedensvertrages.

Paris, 26. Mai. (Z.-U.) Dumanté berichtet, daß die Sozialdemokraten in der französischen Kammer auch in der letzten Sitzung beschloßen haben, solange Deutschland mit der Erfüllung des Versailler Friedensvertrages zurückstehe, in der Kammer keinen Antrag für eine Milderung oder Abänderung des Vertrages einzubringen.

Die Vorgänge im Osten. Die Sowjetregierung steht fest.

Kopenhagen, 25. Mai. Wie der Z.-U. berichtet wird, erklärten sieben aus Rußland zurückgekehrte Mitglieder des dänischen Roten Kreuzes, daß von einem bevorstehenden Sturz des Bolschewismus in Rußland nichts zu merken sei. Im Gegenteil erstreben alle Parteien die Errichtung einer Einheitsfront gegen die äußeren Feinde Rußlands.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz.

Selingsfors, 25. Mai. Der Z.-U. wird gemeldet: Die Bolschewisten haben zwischen Wolost und Lepel die polnische Front in einer Breite von 85 Kilometern durchbrochen. Der Rückzug der Polen nimmt einen panikartigen Charakter an. In der Richtung auf Worskow überschritten die Bolschewisten die Berezina in einer Breite von 85 Kilometern.

Warschau, 25. Mai. (Z.-U.) Der polnische Generalkommando teilt mit, daß im Abschnitt nördlich der Berezina die Kämpfe andauern. Im Berezina-Abschnitt verhalten sich die feindlichen Streitkräfte den Polen gegenüber ruhig, wurde jedoch zurückgeschlagen. Die Bolschewisten sind feindlicher Kräfte auf der ganzen Front von Kiow baulen an. Südlich der Duna haben sich unsere Truppen nach langem Kampfe unter dem Druck feindlicher Kräfte auf die neue Verteidigungslinie zurückgezogen.

Kiew wieder in den Händen der Bolschewisten.

Berlin, 25. Mai. (Drahtbericht.) Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird gemeldet, daß der polnische Frontbericht vom 24. Mai die Rückeroberung von Kiew durch die Sowjettruppen bestätigt, und gleichzeitig meldet, daß diese ihre Angriffe mit großer Heftigkeit fortsetzen.

Der Vorstoß nach Persien.

Amsterdam, 25. Mai. Wie Havas-Reuters aus Teheran meldet, wird die Abkündigung der Stadt erzwungen. Alle zum Schutze der Fremden notwendigen Maßnahmen sind getroffen worden. Die roten Truppen bombardieren die Stadt.

London, 25. Mai. (Havas.) Aus Teheran wird gemeldet, daß die Bolschewisten den Übergang über die Gattwa erzwungen haben. — Die in Baku gefangen genommenen Franzosen sind mit Ausnahme des französischen Konsuls freigelassen worden.

Vor russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Ein Telegramm der Kopenagener Zeitungs Tidningsbude Selingsfors zufolge hat der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschichowin, dem finnischen Minister das Kaiserliche drachlos mitgeteilt, daß die Räteregierung in der freundlichsten Weise die Vorschläge der finnischen Regierung über Zeit und Ort für die Friedensverhandlungen aufzunehmende. Die finnische Regierung wird ihre Vorschläge sofort nach Peking nach Moskau übermitteln.

Starker Preisrückgang in Amerika.

Aus New York wird gemeldet, daß Miller Davison von der Firma Morgan u. Co. erklärt, daß die Preise ihren Höchststand erreicht hätten. Unter dem Einfluß der Bestimmungen in den Vereinigten Staaten zugunsten niedrigerer Preise setzten die Baumwollmärkte niedrigere Notierungen. Baumwolle, Zucker und Mais sind vor allem stark heruntergegangen. Die Geschäfte haben die Preise um 25 bis 40 Prozent herabgesetzt. In Chicago wurden mehrere Millionen Bushels Weizen plötzlich von den in die Enge getriebenen Besitzern auf den Markt geworfen.

Zur Bage in Irland.

London, 24. Mai. (Reuters.) Bedeutungsvolle Personalveränderungen in Dublin Castle lassen eine gemäßigtere Politik erwarten. Der Hilfsuntersekretär des Irlands, Sir John Lawlor, ist zurückgetreten und der Präsident des Landessteueramts, Sir John Anderson, zum Untersekretär ernannt worden.

London, 24. Mai. (Reuters.) Der irische Eisenbahnerbund hat sich dem Vorgehen der Hafenarbeiter angeschlossen und sich geweigert, Kriegsmaterial zu beschaffen. Ein mit Kriegsmaterial nach Cork in Südr Irland bestimmter Eisenbahnzug blieb in Ringdown unter militärischer Bewachung liegen, da die Maschinisten und Signalwärter sich weigerten, ihn abfahren zu lassen.

Beendigung des irischen Eisenbahnerstreiks.

Dublin, 25. Mai. (Agence Havas.) In einer Versammlung zwischen Vertretern der Eisenbahngesellschaft und den Streikenden haben sich die Iron unter der Bedingung, daß kein Kriegsmaterial beschafft wird, zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit verpflichtet.

Besetzung Westthraziens durch die Griechen

Amsterdam, 25. Mai. Der Konstantinopeler Berichterstatter der Times meldet, daß die Besetzung von Westthrazien begonnen hat. Eine nach Adrianopel einberufene Versammlung von Notabeln hat beschloßen, der Besetzung von Thrazien durch griechische Truppen Widerstand zu leisten. Daily Telegraph berichtet, die militärische Organisation in Thrazien sei jetzt vollendet, jedes einigermaßen wichtige Dorf habe eine militärische Besetzung unter dem Befehl eines Leutnants oder Hauptmanns. Ansehnliche Munitionsvorräte seien vorhanden. Zahlreiche bulgarische Freiwillige hätten sich den türkischen Nationalisten angeschlossen.

Zusammenstoß zwischen Türken und Griechen.

Athen, 25. Mai. Das griechische Hauptquartier in Smyrna meldet, daß ein Zusammenstoß in der Gegend von Odemis zwischen türkischen Truppen in Stärke von etwa 400 Mann, die von irregulären Banden unterstützt wurden, und griechischen Truppen stattgefunden habe. Die Türken hätten eine kurze Niederlage erlitten und viele tote und verwundete Gefangene zurückgelassen. Die griechischen Verluste waren verhältnismäßig gering.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Mailand, 25. Mai. Die Blätter berichten über einen blutigen Zwischenfall in Rom am 24. Mai bei der Feier des Jahrestages von Italiens Kriegserklärung. Als ein nationalsozialistischer Studentenzug zu einer Sympathieundgebung für den König vor den Quirinal gehen wollte, kam es zu einem Zusammenstoß mit der königlichen Wache. Sechs Personen sind getötet, darunter fünf Leute der Wache, und viele verletzt.

Rom, 25. Mai. Wie der Corriere d'Italia aus Canossa meldet, ist es dort zwischen Manifestanten und Polizei zu einem Zusammenstoß gekommen, bei dem drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Deutschland.

Von der deutschen Justiz.

Die Staatsanwaltschaft Breslau hat das Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Angehörige des Freikorps „Kulow“ eingeleitet, die am 18. März beim Abmarsch in der Schweidnitzer Straße die Menge stießen und fünf Personen töteten. Die zu den Kapitulanten übergetretenen Truppen haben nach Ansicht des ersten Staatsanwalts „zweifelslos in Notwehr“ gehandelt.

Gleichzeitig kommt die Nachricht, daß das Reichsgericht den Haftbefehl gegen den Rechtsanwalt Fredegar aufgehoben hat. Was wollen die sozialistischen Hochverräter noch mehr! Gegen die Verteidiger der Republik im Ruhrrevier funktionieren indes die außerordentlichen Kriegsgerichte.

Tumult in einer Reichsgericht-Versammlung.

Eine von der Deutschnationalen Partei in Frankfurt a. M. einberufene Versammlung, in der Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich eine Mahnrede hielt, nahm einen tumultuarischen Verlauf. Der Widerspruch der Opposition steigerte sich oft zu Viertelstunden langen Tumulten, so daß Dr. Helfferich nicht weiter sprechen konnte. Unter der nicht abgedrängten Masse auf der Galerie entstand schließlich eine Schlägerei, in die auch Frauen eingriffen. Das Schlusswort, das Dr. Helfferich sprach, ging in einem unbeschreiblichen Tumult unter.

Rückkehr des „entführten“ Dampfers.

Der Fischdampfer Senator Schröder, der angeblich von der kommunistischen Besatzung nach Rügenland entführt wurde, ist unter Führung des zweiten Steuermanns mit 8 alten Mannschaften wieder in Rügenhafen eingetroffen.

Ein Uebergriff. Da unser Genosse Dr. Oskar Cohn zur Zeit in Polen weilt, ist seine Zustimmung für die Kandidatur, obwohl telegraphisch übermittelt, nicht rechtzeitig beim Wahlausschub des 18. Reichstagswahlkreises (Büdingen) eingetroffen. Die Frau des Genossen Cohn hat aber als seine Generalvollmacht die Zustimmungserklärung zur rechten Zeit abgegeben. Trotzdem hat der Wahlausschub den Genossen Cohn von der Kandidatur unserer Partei getrieben, ein Uebergriff, der, mag er nun aus Dummheit oder politischer Unkenntnis geschehen sein, sofort durch einen Eingriff des Reichswahlleiters korrigiert werden muß. Alle Wahlen im Reich wären unglücklich und mühten die Kandidaten zu werden, wenn es bei der Entscheidung bleiben sollte. Der Vorposten, der ebenfalls über den Vorgang berichtet, bemerkt dazu, daß hier ein Fall vorläge, der formalismus vorzuziehen sei, der korrigiert werden müsse. Es wird sich zeigen müssen, ob wirklich nur traster Formalismus die Schuld an dem Uebergriff trägt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Boykott gegen Ungarn.

II. B. S. 18. Mai. Der vom internationalen Gewerkschaftsbund beschlossene Boykott gegen das Ungarn des weißen Terrors soll nach dem Willen der People am 15. Juni beginnen, wenn der weiße Terror bis dahin nicht bezwungen ist. Es handelt sich besonders um das Abschneiden Ungarns vom Weltverkehr.

Vorfälle des französischen Eisenbahnerstreiks.

Paris, 25. Mai. (Z.-U.) Die Bundesleitung der französischen Eisenbahner hat die unerbitterte Fortsetzung des Streiks beschlossen und den Streikenden mitgeteilt, daß sie in ihrem Kampf nicht mehr durch andere Föderationen finanziell unterstützt werden sollen.

Das Programm der neuen italienischen Regierung.

Mailand, 25. Mai. (Z.-U.) Quattori meldet: Das Programm der neuen Regierung unter dem Vorstuhlführer ist in außenpolitischer Hinsicht eine nachdrückliche rasche Annäherung an Deutschland und Österreich vor, sowie die Wiederaufnahme geregelter Wirtschaftsbeziehungen; in innerpolitischer Hinsicht sei Mittel angelegt, der Arbeiterklasse weitere Konzessionen zu machen.

Unruhen in Valencia.

Valencia (Spanien), 25. Mai. (Agence Havas.) Gestern abend schossen Manifestanten auf die Polizei. Ein Polizist wurde getötet. In einem Café explodierte eine Bombe, wobei elf Personen ernstlich verletzt wurden. Der Schaden ist beträchtlich.

Ein Abkommen zwischen Rußland und Schweden.

Stockholm, 10. Mai. (Z.-U.) Zwischen dem Vertreter der Sowjetregierung, Krasin, und einer Reihe schwedischer Firmen sind Abkommensverträge zustande gekommen, die einen Gesamtwert von 100 Millionen Kronen ausmachen. Die Sowjetregierung stellt als Sicherheit 25 Millionen Kronen in Gold, deren Eintreffen in etwa 14 Tagen, die Kaufuhr beginnt.

Sueria vorläufiger Präsident von Mexiko.

Mexiko, 25. Mai. Der Kongress hat Adolfo de la Huerta zum vorläufigen Präsidenten gewählt. Carranza wurde heute in aller Stille begraben. Mehrere Mitglieder seiner Umgebung sind verhaftet worden.

Ein Koalitionskabinett in Tschechien. Wie die Z.-U. erzählt, ist unter dem Vorstuhlführer ein Koalitionskabinett gebildet worden, dem unter anderen auch die Exminister Pastich und Trumbitsch angehören.

Ausfuhrverbot für böhmisches Obst. Die Ausfuhr von Obst und Gemüse der heutigen Ernte ist nach einer Meldung aus Prag gänzlich verboten worden.

Freigesprochen hat das französische Kriegsgericht sieben Personen, die wegen der Kapitulation von Maubeuge angeklagt worden waren.

Amnestie in Griechenland. Wie die „Agence de Athene“ meldet, wird auf Grund eines Gelebenswunsches für alle seit der Uebernahme der Macht durch Venizelos bis jetzt begangenen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung, Amnestie erteilt werden. Fast alle entlassenen Zivilbeamten wurden wieder eingestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Binnenschifferstreik.

In einer längeren Zuschrift des Transportarbeiterverbands an den Gewerkschaftlichen Nachrichtenheft legt dieser seine Haltung im Streik der Binnenschiffer und dem Verband der Binnenschiffer gegenüber dar, darin heißt es:

„Es scheint tatsächlich das Schicksal der deutschen Profetarbeiter zu sein, erst durch die Weisheit der Arbeiterseite wieder zu einer einigen Partei zusammengegriffen zu werden. Sehr bedauerlich würden wir es, wenn die Hoffnung, die uns durch den Kapp-Streich aufblühte, nämlich die Hoffnung auf die Einigung der Binnenschiffer, ebenfalls zu Wasser werden sollte. Schon in den Tagen des Kampfes kam es erst zu unverbundlichen Besprechungen zwischen den Vertrauensleuten des Binnenschifferverbands und des Transportarbeiterverbands, die später zu festen Abmachungen geblieben. Der Binnenschifferverband nahm eine Urabstimmung vor, und trotz der willkürlichen Gegenwehr des kommunistisch-syndikalistischen Flügels unter Schlich und Dyrrelch gelang es den besonnenen Kollegen, denen der Kampf zwischen den Profetariaten nicht Selbstzweck ist, eine geringe Majorität für den Zusammenschluß zu gewinnen. Aber Schlich, Dyrrelch und Genossen gaben ihr Spiel nicht verloren.“

Der Tarif in der Binnenschiffahrt (Eise, Ober und mährische Wasserstraßen lief mit Ende des März ab. Der Kapp-Putsch hinderte die rechtzeitige Fertigstellung des neuen Tarifs, der erst am 11. April unterschrieben wurde. Solange der Binnenschifferverband bestand, gab es für die beiden Zentralorganisationen in der Binnenschiffahrt nur eins: Entweder die Unternehmer schloßen mit dem Binnenschifferverband ab, oder mit dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Maschinenverband. Kein vernünftiger Gewerkschaftler konnte von den Zentralorganisationen verlangen, dem Binnenschifferverband zur Anerkennung zu verhelfen. Der Binnenschifferverband hatte von Anfang an den Kampf gegen die beiden Zentralorganisationen beschlossen, hatte die Vernichtung dieser Organisationen auf seine Fahnen geschrieben. Nur ein Fels fördert seinen Todfeind, in vernünftiger Mensch sucht dem Vernichtungswille sein Gegenüber zuzukommen. Die Unternehmer entschloßen sich, mit den beiden Zentralorganisationen zu verhandeln, obwohl der Binnenschifferverband keine niedrigeren Forderungen stellte als die beiden Zentralverbände. So war es auch bei den letzten Forderungen. Der Binnenschifferverband verlangte für die Bootleute einen Lohn von 180 Mk. wöchentlich, während wir die Forderung auf 225 Mk. stellten. Bei der Verhandlung wurden uns wie immer die Forderungen des radikalen Verbands zwischen die Beine geworfen. Immerhin gelang es uns, 15 Mk. die Woche mehr herauszuholen, als der Binnenschifferverband überhaupt gefordert hatte. Wenn heute der Binnenschifferverband streikt, um die von uns geforderten 225 Mk. herauszuholen, so ist damit einmal die Mühe des kommunistisch-syndikalistischen Verbands entfällt, der Deutsche Transportarbeiterverband vertrete Arbeit gegen zu essen. Zum andern entfällt diese Forderung die Direktionspflicht der Führer im Binnenschifferverband, von denen ein Teil vernünftige Gewerkschaftsarbeit leisten will, während der andre syndikalistische Nebelspalter nachläßt. Seit wann streikt man denn, wenn der Unternehmer 15 Mk. mehr zahlt, als man gefordert hat? Drittens wird dadurch, daß der Binnenschifferverband um die Forderungen des Transportarbeiterverbands streikt, auch das Märchen zerstört, wir wünschten einen Sieg des Arbeiterverbandes. Um diese Forderungen haben wir mit dem Arbeiterverband tagelang große Redebeschäftigungen ausgefochten. Wenn wir unser Ziel trotzdem nicht erreichten, dann ist das Schicksal des Binnenschifferverbandes anders mit seinen unglückseligen Forderungen. Auf sozialem Gebiet konnten wir nichts erreichen. Hier blieben die Unternehmer von einer unfeigen Härte fest. Es ist es, wenn der Binnenschifferverband von einer Verächtlichmachung spricht. Eine Verächtlichmachung ist nicht eingetreten. Eine Besserung können wir aber nur erhoffen, wenn die Binnenschiffer erst einmal wieder eine einige, feste und geschlossene Masse sind. Möge der Tag nicht mehr fern sein.“

In der Freiheit, Leipziger Volkszeitung und wahrscheinlich noch andern unabhängigen Organen erhebt der Binnenschifferverband die Frage, warum er diesmal nicht an den Verhandlungen beteiligt wurde, wo der größte Teil der Mitglieder die Mühe hat, das dem Transportarbeiterverbände anzuschließen. Die Antwort für den Anführer des Transportarbeiterverbands betrug nur 11 Stimmen, und die Gegner des Anschlusses entwickelten eine rege Tätigkeit, ihn zu verhüten. Zudem hätte sich darüber reden lassen, wenn nicht der „Helfsporn“ des Binnenschifferverbandes, der zwar nicht wie bei Shakespeare Percy heißt, aber dessen bekannter Fehler hat, schon das erste Aufgebot der Unternehmer benutzt hätte, den Hamburger Kollegen das Märchen zu erzählen, die Zentralverbände haben einen Tarif mit 100 Mk. abgeschlossen! Die Folge war ein Streik, der allerdings nach wenigen Tagen zusammenbrach, weil der Binnenschifferverband ihn selbst abblies. Was aber soll man mit einer Organisation am Verhandlungstisch, in der jeder Funktionär handelt, wie ihm die Milde steht? Bereits jener Streik hatte den Hauptzweck, den Zusammenschluß zu hindern, und der gegenwärtige ist aus ganz demselben Grunde entfaßt. Der Binnenschifferverband mag sich mit Recht gegen den Vorwurf wehren, daß er syndikalistisch sei. Fest steht aber, daß Schlich und Genossen im syndikalistischen Fahrwasser liegen, wobei wir ihnen zugute halten, daß sie vom Syndikalismus soviel Abnung haben wie vom Streikführen. Auch die Verbindung der Streikenden mit den Privatfahrern können wir nur mit einem nassen und einem heiteren Auge betrachten. Auch die Privatfahrer sind schließlich Arbeitgeber, und da froht unser proletarischer Aber.“

Am 21. und 22. Mai hat, wie der Verband der Binnenschiffer und mittelt, in Berlin ein Kongress der Privatfahrer, Dampfschiffbesitzer und Schiffsmannschaften beschlossen, an das Reichsverkehrsministerium und das Reichsarbeitsministerium heranzutreten mit dem Ersuchen, ein Schiedsgericht einzusetzen, um die Forderungen der Privatfahrer, Dampfschiffbesitzer und der Schiffsmannschaften zu prüfen und einen Schiedsspruch zu fällen. Der Kongress erklärte, sich diesem Schiedsspruch zu unterwerfen. Eine Wolff-Meldung aber besagt: Die am Sonntagabend eingeleiteten Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Binnenschiffergewerbes sind ergebnislos verlaufen, da die Arbeitnehmer zu keinerzeit Zugeständnissen bereit waren. Um was für Verhandlungen es sich hier handelt, geht aus der Meldung nicht hervor. Inzwischen hat das Streikkomitee mehrere Röhne mit Kohlen freigegeben, für die die Gefahr der Verbrennung vorlag. Wie die Dresdner Volkszeitung meldet, stehe nach einer Mitteilung der sächsischen Staatsanwaltschaft der Streik seinem Zusammenbruch nahe. Die Selsfabrik in Gröba (Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine) bei Riesa hat 100 Arbeiter kündigungsmäßig, weil sie wegen des Binnenschifferstreiks nicht in der Lage ist, Rohmaterial zu erlangen. Die Schiffer hätten sogar einen in Gröba liegenden Kahn, der mit Soda für die Fabrik beladen ist, nicht ausladen lassen. Eine Verhandlung der Großhandlungsgesellschaft mit der Streikleitung in Berlin wegen Entladung dieses Kahnes sei gescheitert.

Von Nah und Fern.

Tödlicher Absturz im Riesengebirge.

Hirschberg, 25. Mai. In der Nacht zum ersten Pfingstfesttag ist der 19jährige Schüler Friedrich Lode aus Breslau beim Aufstieg durch die große Schneegrube abgestürzt. Seine Leiche ist geborgen und nach Schreiberhau geschafft worden.

Zwei Flieger in der Bodensee gestürzt.

Romanshorn, 25. Mai. Der Schweizer Flieger Tasseffi stürzte mit seinem Mechaniker aus 400 Meter in den Bodensee ab. Die Leichen konnten noch nicht gefunden werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Meißner in Leipzig.

Verantwortlich für den literarischen Teil:

Friedrich Müller, Norddorf-Beitzka.

Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag, Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Mittwoch, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr
L.-Plagw.-Lindenau-Schleußig im Felsenkeller
 Referent: Genosse Richard Lipinski.
Leutzsch im Schwarzen Jäger Referent: Genosse Alfred Diehe.
L.-Mockau im Ratskeller öffentliche Frauenversammlung.
 Referentin: Genossin Anna Kühn.
Engelsdorf im Gasthof Hesse öffentliche Frauenversammlung.
 Referentin: Stadtv. Gen. Schilling.
Fuchshain im Gasthof öffentliche Frauenversammlung.
 Referentin: Stadtv. Genossin Berta Thiel.

Donnerstag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr
Alt-Leipzig Süden im Gynasium, Eisenstraße
 Referent: Stadtverordneter Genosse August Böhle.
Alt-Leipzig Norden im Eldorado, Pfaffend. Str.
 Referent: Parteisekretär Genosse Karl Schrörs.
L.-Dölitz in der Schulturnhalle öffentliche Frauenversammlung.
 Ref.: Stadtv. Gen. Johanna Schull.
Rötha in Stadt Leipzig öffentliche Frauenversammlung.
 Referentin: Genossin Anna Kühn.
L.-Stötteritz im Löwenpark Referent: Genosse Paul Ploßke.
L.-Möckern in der goldnen Krone Ref.: Reichstagskandidat
 Genosse Art. Lieberasch.

Freitag, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr
Portitz, Blauszig, Merkwitz und Segeritz im
Gasthof zu Blauszig Referent: Genosse Paul Ploßke.
Borsdorf im Rosenschlößchen Referent: Volkshammermitglied
 Genosse Art. Dennhardt.
Großzschocher im Gasthof zum Trompeter
 Referent: Reichstagskandidat Genosse Artur Lieberasch.
L.-Eutritzsch im Rosenschlößchen Referent: Redakteur
 Genosse Alb. Fichte.
L.-Döbnitz im goldnen Stern Referent: Genosse Karl Böge.
Mölkau im Gasthof Referent: Genosse Edm. Richl.
Taucha im goldnen Löwen Referent: Redakteur
 Genosse Hermann Müller.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.

2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Hauptvorstand.
Einwohnerwehr Plagwitz-Lindenau-Schleußig
 Komp. Lindenau I. Donnerstag, 8 Uhr, Wartburg,
 Dürrenberger Straße.
Komp. Lindenau II Donnerstag, 7 Uhr, Stadt Lützen,
 Lützen Straße.
Komp. Plagwitz-Schleußig Freitag, 7 Uhr, Zwei Lin-
 den, Karl-Heine-Straße.
 Pünktliches Erscheinen aller ist Pflicht. — Neuein-
 tretende Ausweispapiere mitbringen. Die Zeitung.

K. P. D. Mitglieder-Versammlungen:

Westen: Plagwitz. Jeden Donnerstag,
 7 Uhr abends, im
 Gambrius, Obergmannstraße.
Kleinzschocher. Jeden Montag, 7 Uhr abends, im
 Bürgergarten.
Leutzsch. Jeden Donnerstag, 7 Uhr abends, im West-
 storn, Barneder Straße.
Frauen-Diskussionsabend für den gesamten
 Bezirk leb. Dienst-
 tag, 7 Uhr abends im Gambrius.
Norden: Mödern. Jeden Donnerstag, abds.
Eutritzsch. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Feld-
 schlößchen, Schönefelder Straße.
Gohlis. Donnerstag, 27. Mai, 7 Uhr, im Restaurant
 Galsberg, Ede Brle- u. Lohringer Straße.
 Wichtige Tagesordnung.
Wahren. Sonnabend, 29. Mai, 7 Uhr, Zur Lindo,
 Königstraße.
Mockau-Thella. Jeden Dienstag, abends 7 Uhr,
 Neuer Gasthof, Mockau.
Osten. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im
 Goldenen Schiffchen, Zollhoferstraße.
 Genossen zur Wahlarbeit werden noch gebraucht.
Südosten. Mittwoch, 26. Mai, abends 7 Uhr,
 in Stadt Hof, Hofer Str. Sonst
 jeden Donnerstag. Unbedingtes Erscheinen erwartet.
Zentrum/Süden. Donnerstag, 27. Mai,
 abends 7 1/2 Uhr, im
 Restaurant Erholung, Brüderstr. Erscheinen ist Pflicht.
 Genossen, nehmt Anteil an den Mitglieder-versammlun-
 gen, beteiligt Euch an der Arbeit!
Kommunistische Partei (Spartakusbund)
 Ortsgruppe Leipzig.

Zeitungen
Bücher
Zeitschriften
Lumpen
Flaschen
sämtliche
Altmetalle
 sowie sämtliche
Rohprodukte
 kauft auch von
 außerhalb
Altenburg
 Hospitalstraße 2
 Telefon 9769

Zeitungen!
 Bücher, Musik, Lumpen,
 Altmetalle, Weinstoffe,
 wollene Strümpfe
 kauft und holt ab
J. Neubauer, Gohlis,
 Schleußiger Straße 9. Tel. 1354.

Altpapier
 Zeitungen — Bücher
 Altpapier — Kontorpapiere
 Musik, sowie
 Lumpen, Glas, Wolle
 kauft und holt ab
S. Nadelreich, Rdn.,
 Gabelsbergerstr. 7. T. 1354.
 Auf Nr. 7 achten.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband.

Donnerstag, den 27. Mai 1920, abends 7 Uhr
im Volkshaus, Billardszimmer
Lehrlings-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Gründung einer Lehrlings-
 Abteilung, 2. Verschiedenes.
 Alle Lehrlinge des Sattler- und Portefeuller- sowie
 Tapeziererberufes sind hierzu herzlich eingeladen. Die
 Eltern unserer Lehrlinge bitten wir ebenfalls um ihr
 Erscheinen, damit sie sich über die Lohn- und Arbeits-
 verhältnisse ihrer Kinder unterrichten können.
 Die Ortsverwaltung.

Familien-Nachrichten.

Im Alter von 63 Jahren verschied an Herz-
 schlag unser lieber Vater, Bruder, Schwager u. Onkel
Franz Pinther
 am 24. Mai, nachmittags 4 Uhr,
 L.-Schönefeld, Kohlweg 24
 In tiefster Trauer
Alfred Pinther, Arno Pinther
 und Verwandte.
 Die Beerd. findet Donnerstag, 27. Mai, vorm. 11 Uhr,
 von der Leichenhalle Friedhof Schönefeld aus statt.

Am 1. Pfingstfesttag verschied im Krankenhaus St.
 Georg nach kurzem, schwerem Leiden schnell und unerwartet
 meine liebe, herzengute Frau, die Mutter ihrer sechs
 unersorgenen Kinder, Frau
Minna Morgner geb. Kemnitz.
 Dies zeigt nur hierdurch an
 Der schwergeprüfte Gatte nebst Kindern
 und allen tieftrauernden Hinterbliebenen,
 Beerdigung Donnerstag 27. Mai auf d. Plagw. Friedhof.

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige
 Nachricht, daß am 24. Mai schnell und unerwartet
 durch Unfall unser lieber, guter Sohn u. Bruder
Kurt Paukert
 plötzlich verschieden ist. Dies zeigt tiefbetäubt an
 L.-Volkmarssdorf, Hildegardstr. 11, II.
Familie Bruno Paukert.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig
 Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21, Telefon 3426.
 Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
 Arbeitsnachweis: Müngelstraße 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Freitag, den 28. Mai 1920, abends 7 Uhr

Delegierten-Generalversammlung

im Gesellschaftssaal des Volkshauses.

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu den Beschlüssen des erweiterten Verbandvor-
 standes auf Erhöhung der Verbandsbeiträge sowie Antrag der Orts-
 verwaltung wegen Erhöhung der Sozialzuschläge. 2. Diskussion und
 Gewerkschaftliches.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung der Delegiertenkarte und des Mitgliedsbuches.
 Wir ersuchen die Delegierten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung. 3. U.: Heinz Kober.

Handelsarbeiter aller Branchen!

Sonntag, den 30. Mai 1920, vormittags 8 Uhr
Grosse Versammlung im Volkshaus.
 Tagesordnung: 1. Die Lehren des letzten Streiks. 2. Stellungnahme zur
 Revision des Tarifs. 3. Stellungnahme zur Beitragserhöhung.
 Diese Versammlung ist zunächst noch von allen Branchen zu besuchen.
 Für späterhin sind Versammlungen der einzelnen Untergruppen geplant.
 Die Sachgruppenleitung. 3. U.: W. Streicher.

Zeitungsträgerinnen!

Montag, den 31. Mai 1920, abends 8 Uhr
Grosse Versammlung im Volkshaus.
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen z. Verh. Erhöhung
 des Trägerlohnes. 2. Verschiedenes.
 Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Sektionsleitung.

Metallarbeiter!

Donnerstag, den 27. Mai 1920, abends 7 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Zoologischen Garten.

Tagesordnung: 1. Die Anstellung von 2 Beamten.
 2. Bericht über die Monatslage.
 3. Stellung zu den neuen Tarifverhandlungen.
 Betriebsratsmitglieder und Funktionäre müssen unter allen Umständen erscheinen. —
 Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung Ansiedlung Ost.
Mitglieder-Versammlung
 in den Westendhallen, L.-Plagwitz, Schöcherische Straße.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliederkarte ist vorzubringen.
 Alle Genossen, die sich schon zum ersten Transport ge-
 meldet haben und noch melden wollen, haben unbedingt
 in der Versammlung zu erscheinen. Der Ortsrat.

Achtung! Hausfrauen!
 Kauto
Lumpen
Zeitungen u. Bücher
Alte Strumpfwolle
Buchaster
 Nordstraße 3 : Tel. 18700

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer teuren
 Entschlafenen, Frau
Berta Scheffel geb. Haßler
 sagen wir allen Verwandten und Bekannten
 unsern tiefgefühlten Dank. Besonders Dank
 Herrn Pastor Wunsch für seine trostreichen
 Worte am Grabe. Auch herzlichsten Dank
 ihren lieben Mitarbeitern und -Arbeiterinnen.
 Allen Hausbewohnern sowie den Herren
 Ehe- und Personal der Firma „Berg“,
 Scholze u. Winkler, sagen wir auf diesem
 Wege unsern aufrichtigsten Dank.
 Leipzig, am 25. Mai 1920.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und
 Beileidsbezeugungen sowie für die zahlreichen Kranz-
 spenden bei dem Begräbnisse meiner lieben Frau
Martha Höfer geb. Lehmann
 sprechen wir nur hierdurch allen Verwandten und Be-
 kannten unsern herzlichsten Dank aus.
 Die aber, liebe Entschlafene, ruhen wir ein Sabe
 Dank! und Ruhe dankt in Dein ruhiges Grab nach.
 V. Höfer nebst Hinterbliebenen.

Dankagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsrer teuren Ent-
 schlafenen, der Frau Gastwirtin
Minna verw. Hermus geb. Sad
 sagen wir nur auf diesem Wege allen Verwandten,
 Freunden und Bekannten sowie allen Gästen,
 Vereinen und Abordnungen für die vielen Zeichen
 der Teilnahme unsern aufrichtigsten Dank.
 Leutzsch (Barneder Hof), den 25. Mai 1920.
 Die Hofrauernden Hinterbliebenen.

Am 25. Mai verschied unerwartet im 52. Lebensjahre
 mein lieber Gatte, mein guter Vater, der Tapezierer
 und köstlicher Theaterdekorateur
Bruno Richter.
 Leipzig, Leßnigstraße 8, II.
 In tiefstem Schmerz
Hedwig Richter, geb. Eckhart und Tochter Elly.
 Einäscherung Freitag, nachm. 2 Uhr, Südfriedhof
 Blumenpenden dankend abgesetzt.

Wahlzeitung

Der 6. Juni ist Wahltag!

Beilage
der Leipziger
Volkszeitung

Nummer 5
Mittwoch,
26. Mai 1920

Die direkten Steuern. Die einmaligen Abgaben.

Die Bankrottwirtschaft des alten Regimes hatte in den ersten Jahren des Krieges von einer Besteuerung der Vermögen im großen Stille abgesehen. Die gewaltigen Kriegsgewinne, die Spekulanten und Unternehmern in den Schoß fielen, blieben bis zum Jahre 1916 steuerfrei. Die Kriegsschleier, denen die Blutopfer der andern Milliarden brachten, sollten bei guter Laune erhalten werden. Der Konfessionsboden einer profitlustigen Clique von Kriegsschleierern war für die Kriegspartei und ihre Stimmungsgemache unerlässlich. Die Kriegsgewinnsteuer, die im Januar 1916 in Kraft trat, bewegte sich deshalb in außerordentlich mäßigen Grenzen. Sie war weniger ein Versuch, eine großzügige Steuerpolitik zu beginnen und die Ansehenspolitik abzubauen, als eine Konzession an die breiten Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, in denen die Erbitterung über das Treiben von Deutschlands Millionären gewaltig anwuchs. Es darf nicht vergessen werden, daß an der skandalösen Tatsache der notwendig zum Bankrott führenden Ansehenspolitik nicht nur die damalige Regierung die Schuld trug, sondern auch die Parteien des alten Reichstags von den Konservativen bis zu den Rechtssozialisten.

Erst um die Mitte des Jahres 1919 wurden einschneidende Abgaben geschaffen, die das Mehrerwerbvermögen von Personen und Gesellschaften infolge des Krieges und den Vermögenszuwachs während des Krieges erfassen sollten, die außerordentliche Kriegsabgabe und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Die außerordentliche Kriegsabgabe verfährt immer noch mit einer gewissen Schonung, denn ihre Höhe für das Mehrerwerbvermögen der Einzelpersonen gehen nur bis zu 50 Prozent. Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs ist nominell einschneidender. Ihre Höhe sind so bemessen, daß auch von den größten im Krieg erworbenen Vermögen nach der Entlastung der Steuer nicht mehr als 172.000 Mark übrigbleiben. Immerhin ist auch diese Steuer noch nicht gerecht. Gerecht wäre es nur, wenn überhaupt alle Kriegsgewinne vollständig hinweggefeuert würden. Die jetzige Form der Besteuerung der Kriegsgewinne mit den gestaffelten Sätzen muß schließlich wie eine Prämie für die ganz großen Kriegsgewinnler wirken. Je schamloser der Kriegsspekulant verfahren ist, je mehr Kriegsgewinne er in der Zeit der allgemeinen Not gemacht hat — desto mehr bleibt ihm am Ende innerhalb des Spielraums von 172.000 Mark von den Kriegsgewinnen übrig.

In der Wirklichkeit aber ist diese Steuer bei weitem nicht so einschneidend, wie es bei einer abstrakt theoretischen Beurteilung erscheinen könnte. Ihre Höhe nehmen sich auf dem Papier sehr schön aus — der eigentliche Kriegsschleier und Großkapitalist aber kann sie mit der größten Ruhe hinnehmen. Er hat fünf Jahre lang Zeit gehabt, seine Kriegsgewinne vor dem Zugriff der Steuerbehörde in Sicherheit zu bringen und selbst die sozialen Rücksichtsmassregeln gegen die Kapitalflucht nach der Revolution haben ihn nicht abgehalten, diese Tätigkeit nach der Revolution erst recht fortzusetzen. Mit einer gewissen Gemütsruhe kommt daher bei der Forderung der Kriegsabgabe in der Nationalversammlung der Graf Posadowski erklären:

„Ich halte Maßnahmen zur Ueberwachung der Steuerflucht für nützlich, befürchte aber, das volle Maß ist schon zum großen Teil ausgelassen.“

In der Tat ist das volle Maß ausgelassen! Wieviel Kriegsgewinne in der Form von Edelmetall, Edelsteinen, Luxusgegenständen, Kapitalbeteiligungen ins Ausland verschoben worden sind, das ist außerordentlich schwierig oder überhaupt nicht zu schätzen. Wieviel aber allein in der Gestalt von Papiergeld ins Ausland geflüchtet worden sind, darüber ist ein ziemlich genauer Ueberblick möglich. Allein im Ausland sind nach den Schätzungen der Banken etwa 25 Milliarden Mark in den Tresoren der Auslandsbanken ausgeparkiert. Dort liegen die Wuchergewinne der deutschen Kriegsspekulanten sicher vor den Zugriffen der deutschen Steuerbehörde, und der Kriegsschleier kann den Tarif der Kriegsabgabe studieren und sich ausrechnen, wieviel er von seinem Gewinn abgeben möchte, wenn er sie eben nicht in Sicherheit gebracht hätte. Es darf auch nicht vergessen werden, daß nach sehr vorsichtigen Schätzungen etwa 10 Milliarden Mark Banknoten in Deutschland gehamstert worden sind und verborgen gehalten werden. Es muß als selbstverständlich angenommen werden, daß auch diese Summen der Steuer hinterzogen werden. Der Kriegsgewinnler aus den Kreisen der Großindustrie aber, der wirklich hohe Kriegsgewinne erzielt, hat einen Trost. Unter der fortwährenden Herrschaft des kapitalistischen Systems beherrschen er und seinesgleichen die Preisbildung heute mehr denn zuvor. Sie haben damit das Mittel in der Hand, das, was sie auf der einen Seite dem Staat als Abgabe zahlen, auf der andern Seite dem Volke durch Preissteigerungen wieder aus den Taschen zu nehmen. Welt entfernt davon, ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit zu sein, ist demnach die Kriegsabgabe nichts anderes als die Befähigung dafür, daß das Volk nicht nur durch die Kriegsgewinnler schamlos ausgeplündert, sondern daß es ebenso schamlos durch eine Steuerpolitik betrogen worden ist, die es den Kriegsgewinnlern ermöglichte, ihre Schätze bei Zeiten in Sicherheit zu bringen. Sinterher muß diese Kriegsabgabe fast wie Lohn wirken.

Dauernde Steuern.

Die Koalitionsregierung mußte bei dem Ausbau der dauernden Steuern wohl oder übel an den Ausbau der Erbschaftsteuer denken. Die Erbschaftsteuer war bisher bei den bürgerlichen Parteien und besonders den Agrariern in Deutschland nicht beliebt. Das hatte seinen guten Grund. Die Erbschaftsteuer wird

wirklich aus dem Vermögen bezahlt und ist am wenigsten überwälzbar von aller Steuerarten. Da sie außerdem mit einer ständigen Vermögensaufnahme des Verstorbenen verbunden sein kann, ermöglicht sie eine Kontrolle des wirklichen Vermögens so daß Steuerhinterziehungen ans Licht kommen und bestraft werden können. Die Koalitionsregierung konnte jedoch bei dem Ausbau der Erbschaftsteuer nicht gut hinter den demokratischen Vordern zurückbleiben, die keine Revolution gehabt haben und so wurde eine Erbschaftsteuer geschaffen, die in der Zeit vor dem Kriege das Reich aus der finanziellen Misere befreit haben würde, die aber heute nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist.

Nach den Sätzen des Regierungsentwurfs sollte diese Erbschaftsteuer 500 Millionen Mark einbringen. Das ist für eine wechsaufgebaute Erbschaftsteuer nicht viel. Schon in den Jahren 1910 bis 1911 brachte die englische Erbschaftsteuer 510 Millionen Mark ein. Bei der Ausschlußberatung machte sich deshalb der Vertreter der rechtssozialistischen Partei stark, daß bei der Erbschaftsteuer mindestens anderthalb bis zwei Milliarden Mark herausgeholt werden müßten, sonst würde das Volk es nicht verstehen. Sie meinten nämlich, daß sonst das Volk noch weniger Verständnis für ihre Beschlüsse indirekter Steuern haben würde. Über ihre Stärke bestanden nur in Worten. Dieselben Gründe, die sie zur Verleugnung ihrer Grundzüge in der Frage der indirekten Steuern führten, brachten sie auch hier zum Vorschein. Diese Gründe bestehen darin, daß sie Mitglieder der Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien und namentlich mit dem Zentrum sind. Die Macht des Zentrums, der eigentlichen führenden Partei in der Koalition, zeigte sich auch hier und so wurde wohl eine kleine Erhöhung der Höhe der Regierung, nicht aber ein großzügiger Ausbau der Erbschaftsteuer beschlossen. Statt 500 Millionen soll die Erbschaftsteuer in ihrer endgültigen Form etwa 700 Millionen Mark einbringen.

Die Steuer zerfällt in drei Teile, die Nachlasssteuer, die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer. Die Nachlasssteuer wird von dem noch ungeteilten Nachlass abgezogen, sie bewegt sich in der Höhe von 1 bis 5 Prozent. Die Erbschaftsteuer wird von jedem Erben erhoben, sie richtet sich nach der Höhe des Objekts und dem Grade der Verwandtschaft. Für nähere Verwandte beträgt sie 4 bis 25 Prozent, für entferntere Verwandte 15 bis 70 Prozent. Die durchschnittliche Belastung beträgt 15 Prozent.

Die Kriegsschleier der Besitzenden über diese Steuer sind zu einem guten Teil erloschen worden, namentlich soweit es sich um das Geschick aus agrarischem Lager handelt. Wenn bei ländlichem Grundbesitz der Erbschaft eintritt, so wird der Wert des ländlichen Grundbesitzes nach dem Ertragswert eingeseht. Der Ertragswert aber wird nach den normalen, das heißt den gesetzlichen Preisen berechnet und kommt dem wirklichen Ertragswert, der die Schlichthandelspreise berücksichtigen müßte, keineswegs gleich. Es ist also möglich, daß der Erbe die Steuer zunächst im relativ niedrigen Ertragswert zahlt und dann den Grundbesitz zu einem weit höheren Verkaufswert veräußert. Ohne diese Besorgnis für die Agrarier ist es also auch bei dieser Erbschaftsteuer der demokratischen Regierung nicht abgegangen.

Am trafensten aber fällt die Interessenpolitik bei der Besteuerung von Kirchen und kirchlichen Stiftungen auf. Wenn eine Erbschaft an Kirchen oder kirchliche Stiftungen fällt, so ist nicht gemäß der Staffel der Steuerhöhe von 70 Prozent, sondern ein ermäßigter Steuerfuß von 10 Prozent zu zahlen, und Schenkungen an Kirchen oder kirchliche Stiftungen bleiben überhaupt steuerfrei. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß in Wahrheit das Zentrum die Macht in der Koalition hat. Der Finanzminister Erzberger verteidigte fröhlich auf ein fünfziges Geheiß über die Besteuerung der toten Hand. Inzwischen aber ist das Erbschaftsteuergesetz in Kraft getreten, das die Kirche in so skandalöser Weise bevorzugt, und von einem Gesetz über die Besteuerung der toten Hand ist weit und breit nichts zu sehen, und wer weiß, ob eine kommende Regierung sich an die Versprechungen des Herrn Erzberger gebunden fühlt. Wie die Stimmung bei den bürgerlichen Parteien der toten Hand, dem gebundenen Grundbesitz gegenüber überhaupt ist, beweist die Tatsache, daß bei der Grundbesitzsteuer die Steuerhöhe beim Eigentumsübergang von fideikommissarischem Besitz außerordentlich ermäßigt worden sind.

So zeigt diese Erbschaftsteuer alle charakteristischen Züge der Steuerpolitik der Koalition. Die drängende Not hat sie zum Ausbau dieser Steuer getrieben — aber dieser Ausbau ist Stückwerk geblieben, weil die Sonderinteressen der Agrarier, der Kirche, der kapitalistischen Eigentümer überhaupt gesichert werden sollten. Auch hier spezifisch bürgerliche, nicht sozialistische Steuerpolitik.

II.

Die große Kunst, welche die bürgerliche Steuerpolitik der Koalition von einer sozialistischen Steuerpolitik trennt, wie sie die KSP fordert, zeigt sich mit der größten Deutlichkeit bei der Einkommensteuer. Diese Einkommensteuer ist von den Koalitionsparteien zu einer grandiosen Belastung der arbeitenden Bevölkerung ausgebaut worden, die der Umsatzsteuer würdig zur Seite steht. Eine Entwicklung, die sich schon vor dem Kriege zeigte, ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Im steigenden Maße fiel schon vor dem Kriege die Hauptlast der Einkommensteuer auf das Einkommen aus Lohn und Gehalt. Die Progression der Höhe der Einkommensteuer ist schon früher dieser Entwicklung nicht angepaßt worden, ebensowenig die Methoden der Einschätzung und der Erhebung. So wurde die Einkommensteuer in der Gestalt der Zeit vor dem Krieg immer mehr aus einer anfänglich gerechten zu einer ungerechten Steuer, zu einer Steuer, die den Löwenanteil der Steuerlasten nicht auf die Schultern des Besitzes, sondern auf die Schultern der breiten besitzlosen Massen wälzte. Die neue einheitliche Einkommensteuer hat den Gipfel dieser Entwicklung erreicht. Sie trifft mit unerträglicher Wucht die besitzlosen Schichten

der Bevölkerung, die niederen Einkommen aus Lohn und Gehalt. Sie ist um so ungerechter, als sie nicht die einzige Steuer ist, die diese Kreise belastet, sondern weil sie das niedrige Einkommen so sehr hart trifft, nachdem es bereits durch indirekte Steuern unerträglich belastet worden ist.

Diese Einkommensteuer ist mehr als jede andre Steuer angeht, den Arbeitern zu zeigen, daß sie den Krieg bezahlen müssen. Diese brutale Tatsache spricht nicht nur aus den amtlichen Begründungen der Steuergesetze, in denen die Verhältnisse so dargestellt werden, als ginge es den Arbeitern gut, während es allen andern Schichten der Bevölkerung schlecht ginge, diese brutale Tatsache wird der Arbeiterschaft von den Vertretern der Rechtssozialisten obendrein ins Gesicht geschrien. Bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes in der Nationalversammlung hielt der Rechtssozialist Wolf Braun im Rahmen einer wütenden gefälligen Polemik gegen unsre Genossen, die einem Unternehmerhündchen alle Ehre gemacht hätte, den Arbeitern eine Bspredigt, in der er ihnen zu wiederholtenmalen zurief: „Ihr habt nicht nur Rechte, sondern auch Verpflichtungen, und in den Topf, aus dem ihr alles herausnehmet

Die Satten verhöhnen die Hungernden.

Am 30. April d. J. beschlößten sich die Leipziger Neuesten Nachrichten, das Leitblatt des Leipziger Arbeitervereins, in einem Leitartikel mit der Finanzwirtschaft im Reich. In dem Artikel schrieb dieses Blatt, das jetzt vor allem den Wählerkampf für die rechtsstehenden Parteien, die deutschnationale „Volkspartei“ und die deutsche „Volkspartei“, betreibt, u. a. folgendes:

„Diese ganze Finanzwirtschaft ist ja beim besten Willen nicht mehr ernt zu nehmen! Am einfachsten wäre's noch, die Nationalversammlung beschlösse kurzerhand ein Gesetz des Inhalts:

§ 1. Jeder Arbeitnehmer bestimmt selbst, welchen Lohn er zu erhalten wünscht, dazu 50 Prozent Steuerzuschlag!

§ 2. An Tagen, wo nicht gestreikt wird, fällt der Steuerzuschlag aus.

§ 3. Für die erforderlichen Zahlungsmittel sorgt die Reichsdruckerei.“

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Ihr alle, die ihr täglich tiefer in Not und Elend verfallt, die ihr euch alle trotz der „hohen“ Löhne und Gehälter mit euren Familien nicht mehr satt essen könnt, die ihr nicht mehr wißt, womit ihr eure Köpfe decken sollt — so verhöhnt euch dieses bürgerliche Blatt noch in eurer Not! Ihr wißt — euer heutiges Elend ist die unabweisbare Folge des bürgerlichen Krieges, der Millionen blühendes Menschenleben zerstört, Millionen zu Krüppeln und Kranken machte, ungezählte Existenzen vernichtete, die Früchte jahrzehntelanger stehiger Arbeit verzehrte und Deutschland an den Bettelstab brachte. Die Leipziger Neuesten Nachrichten aber waren die schlimmsten und gefährlichsten Kriegsschleier. Von jeher waren sie das Organ der Abenteurer und vorboten deren maßlose Weltmachtspolitik. Lange Jahre hindurch haben sie in der Völkerverhetzung das menschlichste gelehrt, haben sie systematisch einen blöden Chauvinismus gelehrt und planmäßig zum Kriege geführt. Während des Krieges haben sie jederzeit die verrückteste Annahmepolitik unterstützt und damit jedem vernünftigen Frieden der Verständigung den Weg verbannt. Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind die schlimmsten Mitschuldigen an der verheerenden Kriegspolitik und deren verhängnisvollen Folgen — sie und die reaktionären bürgerlichen Parteien, deren Wortführerin das abendliche Heftblatt war und noch ist, in erster Linie die deutschnationalen und deutschen „Volkspartei“.

Und jetzt wagt es dieses Heftblatt, das so ungeheure Schuld auf sich geladen hat, die Opfer seiner maßlosen Politik in der oben wiedergegebenen frechen Weise zu verhöhnen! Wähler und Wählerinnen des schaffenden Volkes, ist es noch nicht genug? Wir meinen, es ist die höchste Zeit, daß endlich einmal mit jenen Parteien, deren Wortführerin das ergreifbarste Heftblatt aus dem Peterhofweg ist, gründlich abgerechnet wird. Bereitet ihnen am 6. Juni eine vernünftige Niederlage. Die beste Antwort geht ihr auf die frechen Provokationen dieser Gesellschaft, wenn ihr einmütig die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie wählt!

Auch eine Sozialisierung.

Die Sozialisierung der Rast-Industrie hat begonnen, wenn man den Versicherungen der Rechtssozialisten und Demokraten glauben darf. Im Juli vorigen Jahres wurde nach dem Entwurf der Rast-Industrieplanwirtschaft die Rast-Industrie „sozialisiert“. Ein Reichskartell wurde eingesetzt, der aus Vertretern der Rastunternehmen, der Rastarbeiter und -angestellten, der Regierungen, des Handels und der Verbraucher aus einem „Selbstverwaltungskörper“ aus 30 Köpfen besteht. Seine erste Tat war, die Rastpreise um 50 bis 60 Prozent zu erhöhen. Weitere Preiserhöhungen folgten. Die notwendigen Lohnerhöhungen boten dazu so wunderbare Gelegenheiten. Welche Erfolge erzielt wurden, weisen die jetzt an die Öffentlichkeit gelangenden Abschlüsse der Rastwerke nach.

Der Rohgewinn der Rastwerke Ufersleben liegt nach dem Abschlußbericht von 4,8 Millionen Mark im Jahre 1918 auf 23 Millionen Mark im Jahre 1919. Die Abschreibungen auf 3,4 Millionen Mark gegen 1,1 Millionen Mark im Jahre 1918. Es wurden riesenhafte Rückstellungen gemacht und ebenso riesenhafte Ueberweisungen an alle möglichen Fonds vorgenommen. Aus dem Bericht ist zu ersehen, wie außerordentlich schwer es der Gesellschaft fiel, die Gewinne unterzubringen. Schließlich gelangte eine Dividende von 10 Prozent und ein Bonus von 20 Prozent zur Ausschüttung. In Friedenszeiten ist die Dividende fast nie über 10 Prozent hinausgekommen.

Die Adlerwerke haben ihren Reingewinn von 79.172 Mk. auf 3.320.268 Mk. gesteigert, das ist fast der neunfache Betrag des Vorjahres. Die Dividende soll von 6 auf 20 Prozent erhöht werden. „Nebenbei“ wurde aber aus dem Gewinn ein Betrag von 2,2 Millionen Mark einem besonderen Fonds für die Tilgung der Vorzugsaktien überwiesen. Die Aktionäre der Adlerwerke sollen eine Dividende von 15 Prozent und einen Bonus von 10 Prozent erhalten. Im vorigen Jahre erhielten sie nur Dividende, und zwar „nur“ 8 Prozent. Auch bei den Hallerwerken hat sich der Reibehalt vervielfacht. Er liegt von 305.642 Mk. auf 2.065.347 Mk. und die Dividende von 6 auf 25 Prozent.

Das nennt man Planwirtschaft, die der Anfang der Sozialisierung sein soll. Sicher ist ein großer Teil der Riesenerträge darauf zurückzuführen, daß die Rüstindustrie Exportindustrie ist und die heutigen Valutaverhältnisse der Exportindustrie außerordentlich günstig sind. Ein Standa, aber ist es, daß viele Valutagewinne in die Taschen der am Gesellschaftskörper schmarotzenden Aktionäre fließen, während die Bevölkerung unter der Valutalast der Einfuhr schier zerdrückt wird. Die deutsche Planwirtschaft geht nicht einmal soweit, die aus dem Export resultierenden Valutagewinne einzufangen, um deren Ertrag zur Verbilligung der Einfuhrwaren zu verwenden. Was das Volk zugrunde gehen, wenn nur die Aktionäre gute Zeiten haben.

Die Wahl am 6. Juni muß mit der Schwindel-Sozialisierung der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition ein Ende machen und die wahre Sozialisierung auf die Tagesordnung setzen!

Der agrarische Piekerstreik.

Nach den genauesten Berechnungen und Schätzungen des Verbrauches von Roggen und Weizen in Deutschland für die menschliche Ernährung kamen vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung täglich 152 Gramm Weizen, und 106 Gramm Roggenmehl, zusammen 318 Gramm täglich. Die erste Brotrollenverordnung (vom 9. 2. 15) setzte die tägliche Verbrauchsmenge auf 225 Gramm pro Kopf der Bevölkerung fest. Diese Menge ist im Verlaufe des Krieges und auch noch nachdem mehrfach herabgesetzt und wieder erhöht worden. Die 225 Gramm (in der Qualität verfeinerten Mehl) blieben aber immer das Maximum, auf das der Verbraucher einen Rechtsanspruch hatte.

Dieser Vergleich macht bereits mit genügender Deutlichkeit klar, wie hart die Einschränkung des Brotkonsums gewesen ist, die die nichtbesitzende Klasse der Bevölkerung hat ertragen müssen. Aber selbst das Minimum an Brot ist mehrfach gefährdet gewesen. Auch zur Zeit besteht wiederum die Gefahr, daß der Bevölkerung nicht einmal die geringe Brotmenge gestiftet werden kann, die sie bisher erhielt. Die Reichsgetreidekasse hat vor einigen Tagen an die „Lebensmittelschaffenden“ Kommunalverbände ein Rundschreiben geschickt, durch das sie sofortige Mitteilung der für die Versorgung nach dem 15. Juni bestimmten Korn- und Weizenmengen verlangt. Zur Begründung führt die Reichsgetreidekasse an, daß trotz aller Maßnahmen und Widrigkeiten die Ablieferungen der Landwirte unbefriedigend geblieben seien und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der Brotversorgung bestünde. Die Kommunalverbände sollen für die jetzt zur Verfügung gestellten Mengen Ersatz aus Auslandslieferungen erhalten, deren Eintreffen die Reichsgetreidekasse täglich erwartet.

Diese Notmaßnahme, deren Erfolg sehr zweifelhaft ist, ist durch den agrarischen Piekerstreik notwendig geworden. Welchen Umfang dieser bereits angenommen hat, das zeigt gerade zur rechten Zeit die Frankfurter Zeitung an einem bayerischen Beispiel. In Bayern legt der Kommunalverband auf Grund der Ernteschätzungen und der Ertragsprognosen fest, was der einzelne Besitzer abzuliefern hat. Dabei ist nun folgendes Verhältnis zwischen Piekersoll und tatsächlich erzielter Ablieferung festgestellt worden. Von den angeforderten Weizen- und Getreidemengen wurden nur abgeliefert:

1917	83,9 Prozent
1918	71,7 Prozent
1919	69,5 Prozent

Das Verhältnis dürfte in gewissen großagraren Gebieten Preußens noch erheblich schlechter sein. Mehr noch als die durch eine wilde Spekulation aufgetriebenen Zentrunsbauern tragen die Piekerei der Regierung — und besonders seit der Revolution. Die Regierung aber verhält ihnen die offene Feindschaft, die Sabotage aller Wiederaufbauarbeit, mit immer erneuten Liebesgaben, die das verelendete Volk begehren muß. Für das neue Erntehaer sind den Getreideproduzenten Preise zugelegt, die alle bisher schon erreichten weit hinter sich lassen. Die Regierung erwartet davon eine Steigerung der Produktion. Mit wieviel Recht aber darf sie sich bald zeigen. Jedenfalls haben alle Vorkriegs-Liebesgaben an die Agrarier (durch Schutzzölle) nur den Erfolg gehabt, die heute mehr als je zuvor notwendige Intensivierung der Agrar-Produktion zu hemmen.

Jedenfalls beschneidet die augenblickliche Notlage der Reichsgetreidekasse, die sehr leicht zu einer Katastrophe für die ärmeren Schichten werden kann, der Regierung den Bankrott ihrer Politik des Entgegenkommens an die Agrarier. Einer solchen Reaktion aber darf kein Brotverbraucher, der aus lauter Arbeitsverdienst die Aufwendungen für seine Ernährung bestreiten muß, bei den Wahlen seine Stimme geben.

Ein System.

Während des Krieges und auch noch lange nach ihm hat sich die ganze Menschheit mit Recht der Klärung der Schuldfrage bei diesem grauenhaften Ereignis, das je über die bewohnte Erde hereingebrochen ist, gewidmet. Wie war es möglich, daß das Völkergemein, der Wahnsinn des Menschenmordens und der Zerstörung von Milliardenwerten überhaupt entstehen konnte?

Wesentlich zur Klärung dieser Frage haben die im vorigen Jahr herausgegebenen Veröffentlichungen der Arbeiter des Auswärtigen Amtes beigetragen, deren Bearbeitung bekanntlich nach der Revolution von den damaligen Bolschewisten nach dem unabhängigen Sozialdemokraten Kautsky aufgetragen wurde. Aus ihnen geht klar und ohne jede Möglichkeit der Verschönigung hervor, daß am Ausbruch des Krieges der damalige deutsche Kaiser Wilhelm II. den Löwenanteil für sich zu beanspruchen hat. Es gehört ein trauriger Mut dazu, gerade angesichts der gar nicht mißzuverstehenden Sprache jener eigenhändigen Randbemerkungen, die auf den Akten des Auswärtigen Amtes sich allenthalben befinden und damit unmittelbaren gewichtigen Einfluß auf die Entschlüsse der beamteten Kreaturen Wilhelm's, des Reichsfanzlers, der Staatssekretäre und Vorkämpfer gewonnen haben, diese traurige Tatsache, daß den damaligen deutschen Kaiser die Hauptschuld an der Entstehung des Weltbrandes trifft und daß er bei vollem Bewußtsein „sein Volk in das Abenteuer der schlimmsten internationalen Verwicklung geradezu hineingeworfen hat, noch leugnen zu wollen.

Lassen wir die Randbemerkungen des Kaisers selbst noch einmal ihre nicht mißzuverstehende Sprache reden!

In einem „nahe geheimen“ Bericht vom 10. Juli 1914 teilt der deutsche Vorkämpfer in Wien, Tschirsky, dem Auswärtigen Amt den Inhalt einer Unterredung mit, die der österreichische Minister Graf Berchtold mit dem Wiener Kaiser Franz Joseph am Tage zuvor gehabt hatte. Es heißt in dem Bericht, der Wiener Kaiser sei der Ansicht gewesen, daß konkrete Forderungen an Serbien zu stellen sein würden.

Wilhelm schreibt an den Rand: „Aber sehr und unzweideutig!“

In dem Bericht läßt Berchtold ferner durch den Mund Tschirsky's betonen, daß ihm eine Annahme aller gestellten Forderungen Österreichs durch Serbien eine Lösung sein würde, die ihm sehr unangenehm wäre; er könne deshalb über von vornherein völlig unannehmbare Forderungen nach.

Wilhelm schreibt zu diesem verruchten Verbrechenplan an den Rand: „Den Sandsthal räumen; dann ist der Krakeel sofort da.“

Am 28. Juli 1914 berichtet der deutsche Militärattaché in Petersburg, von Cheilus, an das Auswärtige Amt über Rußlands Verhalten zum österreichisch-serbischen Konflikt. Cheilus schreibt u. a. als Ansicht des russischen Fürsten Trubezkoi, eines Vertrauten des Zaren, daß der Zar und seine Umgebung glaube, daß der deutsche Kaiser Österreich den Rat geben werde, die kritischen Punkte mit Serbien einem faugen Schiedspruch zu unterbreiten.

Wilhelm schreibt hier an den Rand: „Wißsinn!“
Notam, der deutsche Vorkämpfer in Rom, berichtet am 24. Juli, daß der unterschämte Text des Wiener Ultimatus an Serbien die ganze öffentliche Meinung der Welt, auch die Italiens gegen Österreich nach Ansicht der italienischen Regierung aufbringen müßte; keine Regierung könne dagegen ankämpfen.

Wilhelm schreibt an den Rand: „Wesh!“
An den Schluß des Berichts aber setzt der kriegswütige Imperator: „Das ist lauter Quatsch!“

Der deutsche Vorkämpfer Lichnowsky schickt in denselben Tagen verschiedene Berichte über die Auffassung der englischen Regierung. In einem Schreiben vom 22. Juli spricht Lichnowsky an einer Stelle von der „nationalen Würde Serbiens“.

Wilhelm schreibt an den Rand: „Gibt es nicht!“
Bei einem Bericht Lichnowskys vom 29. Juli, in dem die Lage nach Auffassung des englischen Außenministers als sehr ernst geschildert wird, bemerkt Wilhelm über das englische Volk eigenhändig: „Mit solchen Saluten mache ich kein Flottenabkommen.“

Zum Schluß dieses selben Berichts aber schreibt Wilhelm: „Und unsere Konsuln in Türkei und Indien, Agenten usw. müssen die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Kriemerkel zum wilden Aufstand entflammen. Denn wenn wir uns verbieten sollen, soll England wenigstens Indien verlieren.“

So blutbestet, so gemein und häßlich selbst in seinen Gedanken und so verbrecherisch in seinem wirklichen Tun steht das monarchische System aus, das noch heute die nationalen Parteien dem deutschen Volk als das Allheilmittel anzupressen wagen. Wilhelm der Deserteur, der in diesen wenigen von uns verachteten Randbemerkungen (nur eine sehr geringe Blütenlese der großen Zahl der von seiner Hand auf den Akten gefundenen können wir hier veröffentlichen) als der Weltverbrecher ohne Maß und Schranke zutage tritt und mit ein paar Schnoddrigkeiten nicht nur das deutsche Volk, sondern den ganzen Erdball in ein Meer von Eend und Jammer zu stürzen vermochte, war der erfachte Vertreter dieses Systems. Noch vor drei Monaten sammelten die nationalen Parteien für diesen Verbrecher Unterschriften für eine Huldigungsadresse. Das monarchische System, das abseits vom Willen des Volkes und der Volkvertretung nach der Laune eines einzelnen die Gesetze von Millionenvölkern bestimmte, ist für ewige Zeiten gerichtet. Die nationalen Parteien gehen offen oder geheim auf die Reorganisation dieses Systems mit seinenurchbaren Gefahren für das Volk aus. Gebt ihnen die Quittung auf dieses Spiel mit den Volksinteressen am 6. Juni! Wählt unabhängig! Denn selbst die Mehrheitssozialdemokratie will nicht das Volk unter allen Umständen vor der Rückkehr so verbrecherischer Zustände schützen. Erst dieser Tage erklärte ihr Führer in Breslau, daß, wenn eine Zufallsmehrheit bei der Wahl für die monarchischen Parteien entscheiden würde, man dann ruhig der Errichtung der Monarchie in Deutschland zusehen und mit der Aufklärungsarbeit aufs neue beginnen müsse. Nie und nimmer kann das der Standpunkt des klassenbewußten Arbeiters sein.

Es gibt nur eine Partei, die ihn vor dem verbrecherischen System Wilhelm's heute wie immer schützt: die unabhängige Sozialdemokratie!

So blutbestet, so gemein und häßlich selbst in seinen Gedanken und so verbrecherisch in seinem wirklichen Tun steht das monarchische System aus, das noch heute die nationalen Parteien dem deutschen Volk als das Allheilmittel anzupressen wagen. Wilhelm der Deserteur, der in diesen wenigen von uns verachteten Randbemerkungen (nur eine sehr geringe Blütenlese der großen Zahl der von seiner Hand auf den Akten gefundenen können wir hier veröffentlichen) als der Weltverbrecher ohne Maß und Schranke zutage tritt und mit ein paar Schnoddrigkeiten nicht nur das deutsche Volk, sondern den ganzen Erdball in ein Meer von Eend und Jammer zu stürzen vermochte, war der erfachte Vertreter dieses Systems. Noch vor drei Monaten sammelten die nationalen Parteien für diesen Verbrecher Unterschriften für eine Huldigungsadresse. Das monarchische System, das abseits vom Willen des Volkes und der Volkvertretung nach der Laune eines einzelnen die Gesetze von Millionenvölkern bestimmte, ist für ewige Zeiten gerichtet. Die nationalen Parteien gehen offen oder geheim auf die Reorganisation dieses Systems mit seinenurchbaren Gefahren für das Volk aus. Gebt ihnen die Quittung auf dieses Spiel mit den Volksinteressen am 6. Juni! Wählt unabhängig! Denn selbst die Mehrheitssozialdemokratie will nicht das Volk unter allen Umständen vor der Rückkehr so verbrecherischer Zustände schützen. Erst dieser Tage erklärte ihr Führer in Breslau, daß, wenn eine Zufallsmehrheit bei der Wahl für die monarchischen Parteien entscheiden würde, man dann ruhig der Errichtung der Monarchie in Deutschland zusehen und mit der Aufklärungsarbeit aufs neue beginnen müsse. Nie und nimmer kann das der Standpunkt des klassenbewußten Arbeiters sein.

Auch eine Folge des kapitalistischen Krieges.

Folgende amtliche statistische Angaben über das Wachstum der Kriminalität infolge des Krieges, die für alle Länder mehr oder weniger in demselben Maße zutreffen, werden jetzt aus Deutschland in einem Parlamentsbericht der Wiener Arbeiter-Zeitung bekannt:

Während bei den Gerichtshöfen in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg im Jahre 1912 6728 Klagen in Verbrechen und Vergehensfällen erhoben wurden, betrug die Zahl der Klagen in solchen Fällen bei den gleichen Gerichten im Jahre 1918 bis zum Ende November 31 190; und im Jahre 1920 ist noch eine wesentliche Steigerung gegenüber dem Jahre 1919 zu bemerken. Beim Landesgericht in Wien betrug die Zahl der Klagen in den ersten drei Monaten des Jahres 1919: 4840, in den ersten drei Monaten des Jahres 1920: 6780. Es ist also eine Steigerung von rund 50 Prozent eingetreten.

Am trassiesten sind die Verhältnisse in Wien; aber auch in den Bändern nimmt die Kriminalität zu. Alle Schwierigkeiten, die sich im Strafvollzug blicken gezeigt haben, sind in der Belastung der Strafanstalten begründet. So hat zum Beispiel das Gefängnis im Landesgericht in Wien eine Aufnahmefähigkeit von 1083, während die Zahl der Verhafteten rund 2400 betrug. Die meisten Delinquenten, mit denen sich die Strafvollzugsbehörden beschäftigen, sind Diebe und Einbrecher.

Etwas zum Nachdenken.

Im Verlaufe des Prozesses Erzberger gegen Helfferich fragte Helfferich den damaligen Reichsfinanzminister, ob es richtig sei, daß an den Generaldirektor Habes vom Thyssen-Konzern 400 Millionen als Entschädigung für die lothringischen Hüttenwerke gezahlt worden seien. Erzberger lehnte es ab, sich in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister darüber in der Öffentlichkeit zu äußern. Er hätte hinzu, es handle sich auch nicht um die Firma Thyssen allein, sondern um sechzehn Firmen.

„In meinem Keller erbe ich täglich neue Enttäuschungen, da alle Berechnungen über den Haufen geworfen werden. Täglich kommen neue Festbeträge für alle Reserven.“ So sagte der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth in seiner bekannten Rede in Dresden. Für mehr als 30 Milliarden Mark Festbeträge muß nach den Berechnungen des Reichsfinanzministers Dedung geschaffen werden. Eine ungeheure Steuerlast lastet auf der Masse des Volkes. Jeder arme Teufel, der nur wenig mehr als 1500 Mk. Einkommen hat, wird nach dem neuen Reichseinkommensteuergesetz nach hohen Sätzen zur Besteuerung herangezogen. Unerschwinglich ist die Belastung der breiten Massen des werktätigen Volkes durch indirekte Steuern und Verbrauchsabgaben. Neue Steuern sind bereits angekündigt worden. Und angesichts dieses Elends werden aus dem Reichsstaats 400 Millionen als „Entschädigung“ an Kapitalisten gezahlt, die die größten Kriegsgewinne waren, weil sie französische Gruben in ihren

Beß bringen wollten. 400 Millionen erhalten 16 Firmen für eine verfehlte Spekulation, die das ganze Volk zugrunde gerichtet hat. Und das werktätige Volk, das bereits sein kostbares Blut für die Annexionsbestrebungen des profitgierigen Kapitalismus vergossen hat, soll auch noch zu den „Entschädigungen“ für die Kapitalisten beitragen! Wähler und Wählerinnen aus den Kreisen der Hand- und Kopfarbeiter, wie lange wollt ihr euch eine drückende Weltlast in Deutschland noch gefallen lassen? Es wird die allerhöchste Zeit, daß ihr bei den kommenden Wahlen mit der Koalitionsregierung und den Mehrheitsparteien gründlich abrechnet!

Die Kommunisten im Parlament.

Der kommunistische Chemnitzer Kämpfer antwortet auf unsere neulich gestellte Frage, wie sich denn nun eigentlich ein kommunistisches Parlamentenmitglied von einem unabhängigen sozialdemokratischen und wie sich überhaupt noch ein Kommunist von einem Unabhängigen zu unterscheiden gedenkt, nachdem jetzt die KPD. für die positive parlamentarische Arbeit eintritt, nunmehr in einer zweieinhalbstündigen Erwiderung. „Über die Kernpunkte antwortet er nicht. Denn die Erwiderung geht dem Zielmunde der Frage, nämlich der Auffassung über das bisher geheimnisvolle Wie der parlamentarischen Betätigung vorzüglich aus dem Wege und beschränkt sich darauf, die USB. nach hinlänglich bekannter Manier als die Partei der Kautskyaner und Hifferdingeringer anzudeuten, die nach Ansicht des Kämpfers „auf jede Revolution verzichten wollen.“

Erst ganz am Schluß der Erwiderung steht so etwas wie der Schein einer schlichten Auseinandersetzung über die eigentliche Frage und den wirklichen Streitpunkt. Da versucht nämlich der Kämpfer sein spezifisch kommunistisches Parlamentsprogramm mit folgenden Sätzen klarzumachen.

Wir gehen zu den Wahlen, um gegen die Autokratie zu kämpfen, um sie zu zerstören. Wir wollen auch im Parlament gegen das Parlament kämpfen, während die Unabhängigen durch das Parlament positive Erfolge erzielen. Wir erkennen nur an die famose „Sozialisationskommission“, deren Einsetzung die USB. fordert, um den Sozialismus gemeinsam mit den bürgerlichen Vertretern durchzuführen, als ein unzulässiges. Die USB. nennen es „positive Arbeit“, wir dagegen Rückendeckung für die Ebert-Roske und die Baugewerkschaft.

„Im Parlament gegen das Parlament kämpfen“ ist gewiß eine dringende Aufgabe des Klassenkampfes, des Schweißes eines jeden Revolutionärs wert. Tatsache ist aber, daß das Parlament nur dadurch in Erscheinung tritt, daß bestimmte parteipolitische Gruppen oder Persönlichkeiten in ihm durch Beschlüsse, Beschlüsse, Vertrauensvoten und andre Gebrauchsmittel der Gesetzesmacherei die Vorteile ihrer eigenen Parteien und Klassen zu wahren und die Interessen des Proletariats zu schädigen versuchen. Man kann aber ein Ding nicht als Abstraktum, sondern nur als Konkretum bekämpfen und ihm da allein Bekommen, wo es Fleisch und Blut annimmt und wo es eben in die Erscheinung tritt. Auch das Parlament kann also nur da wirksam bekämpft werden, wo es in der Gestalt einer reaktionären Gesetzgebung sich auf die Arbeiterklasse stützen möchte. Seine gesetzgeberische Arbeit ist somit zu bekämpfen. Wenn das bürgerliche Parlament z. B. statt reaktionärer Gesetze Ausherdung oder Kinderwidern fabrizierte, wäre schwer der Grund einzusehen, es im Interesse der Revolution bekämpfen zu müssen. Den Kampf gegen die parlamentarische Gesetzgebung aber hat die unabhängige sozialdemokratische Partei zweifelsohne im Geiste der proletarischen Revolution geführt und gegen die auch künftig so zu führen. Auch die Kommunisten im Parlament werden genau so kämpfen müssen wie wir. Gegen das Parlament als „Ding an sich“ die Stokkraft richten, heißt mit Don Quixotte gegen Windmühlen anrennen. Es gibt kein „Ding an sich“, weder auf philosophischem noch auf politischem Gebiet.

Genau so verhält es sich ja mit dem Kampfe der Sozialisten gegen den Staat. Der Kämpfer meint, daß in dem Auge blickt, da das Proletariat die wirkliche Macht in den Händen habe, die bürgerliche Parlamentsverwaltung „bestimmt werden“ müsse. Nein, sie wird nicht besonders befestigt werden müssen; sie wird sich selbst heileigen und von selbst absterben durch die neuen Formen der Gesetzgebung (Rechtsordnung), die Ausdrucksform der neuen Machtverteilung in der Gesellschaft sind. Dasselbe trifft ja auf den bürgerlichen Staat selbst zu. Kein geringerer als August Bebel drückte in seinem Buch Die Frau und der Sozialismus diesen selben Gedanken aus, wenn er dort sagt: „Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem andern überflüssig und schläft dann (nach der Vorkriegszeit der Macht durch das Proletariat) von selbst ein.“ Der Staat wird nicht abgeschafft; er stirbt ab.“ Dennoch hat es Bebel nie unterlassen, diesen Staat, wo er ihn in wirklicher Gestalt antraf — und gerade darauf kommt es an — zu bekämpfen. Er hat die Verurteilungen des jeweils existierenden Gegenwartsstaates bekämpft, wie er auch die Verurteilungen des jeweils existierenden bürgerlichen Parlaments bekämpft; und wie auch wir sie bekämpfen müssen, solange wir nicht die politische Macht besitzen. Sonst gäben wir uns einem geradezu mohammedanischen Fatalismus hin, den ja für sich gerade auch die Kommunisten ablehnen.

Für die ganze Unklarheit der KPD., die nur aus mangelnder wissenschaftlicher Erkenntnis über Wesen und Geschichte des Klassenkampfes herrühren kann, ist es ja auch bezeichnend, daß derselbe Kämpfer, der unsere Stellung zum Parlament verdammt und verachtet, nun selbst ein Eberengericht an seiner eigne Gesinnungsgewohnheit glaubt vollziehen zu müssen. Der Kommunistin Klara Zetkin, die in den Reichstag zu wählen der Kämpfer jetzt täglich auffordert, scheint nämlich die sonderbare Erleuchtung des Kämpfers über das besondere Wesen des KPD.-Parlamentarismus noch genau so wenig ausgegangen zu sein, wie uns armen Schächeln selbst. Ihre Leipziger Wählerrede erhält nämlich vom Kämpfer folgende schärfste Zensur:

Vom Standpunkt der Kommunisten aus waren sie infam nicht bedienend, als durch sie unsere Verhältnisse in der Betätigung am Parlament gegenüber der USB. nicht scharf und eindeutig genug abgegrenzt war. Gerade für Leipzig wäre das besonders notwendig gewesen vor einer großen Zuhörerschaft. Hinlänglich der Wahlbeteiligung zwingend nachzuweisen, daß es auch hierbei nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun.

Nun, die Abgrenzung der parlamentarischen Betätigung der Kommunisten von der unserer Partei, die der Kämpfer selbst vorzeichnet hat, ist nach allem oben Gesagten alles andre als scharf und eindeutig. Er wird uns also verzeihen müssen, wenn wir Klara Zetkin dieses Mal gegen ihre eigenen Freunde in Schutz nehmen. Damit erfüllen wir auch eine vornehme Pflicht gegenüber dieser ergrauten Vorkämpferin der proletarischen Sache.

Kommunistische Bescheidenheit. Die Berliner Note fahne veröffentlicht 25 Wahlvorschlagslisten der KPD. Dabei ist besonders auffällig, daß nicht weniger als 18 Vorkämpfer und der Reichswohlvoort mit dem Namen Klara Zetkin bezeichnen. Viel wohlvoort die KPD. demnach nicht zu erfüllen. Diese Bescheidenheit steht in einem eigentümlichen Verhältnis zu der sonst immer zur Schau getragenen Eignungsverficht der KPD.

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Leipziger Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Mai.

Parteilangelegenheiten.

Eine öffentliche Wählerversammlung für Magd.-Bladenau-Schleußig findet heute, abends 7/8 Uhr, im Pelfenkeller statt. Referent ist Genosse Richard Ripinski. Wir erwarten zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Marxantakt. Alle Genossen, die Interesse an dem Ortsklub (Einwohnerwehr) haben, treffen sich heute Abend 8 Uhr in der Turnhalle.

Wahren. Alle Genossen, die sich zur Einwohnerwehr gemeldet haben, oder noch melden wollen, treffen sich Donnerstag, den 27. Mai, abends 7/8 Uhr, im Birkenhain bei Trabisch zu einer Besprechung. Militärpaß, Partei- und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Ein Millionenschiebergeschäft.

Wie dem Volk die Margarine verteuert wird.

In der Leipziger Markthalle bildet zur Zeit in eingeweihten Kreisen ein Millionenschiebergeschäft den Gegenstand des Tagesgesprächs. Es handelt sich dabei um folgendes: Vor einiger Zeit bekam der Verband der Honigtuchen- und Keksfabrikanten Deutschlands, dessen Sitz in Leipzig ist, von der Reichsstelle für Fett und Öl 2000 Zentner Sanella-Margarine zugewiesen. Der Syndikus des Verbands ist der Rechtsanwalt Mülich in Leipzig. Die Margarine kostete nach dem üblichen Preis 12,50 Mk. Von der Verbandsleitung wurden etwa 1200 Zentner an Verbandsangehörige verteilt, denen die Margarine mit 13 Mk. berechnet wurde. Durch den Aufschlag von 50 Pfg. waren schon alle Unkosten des Verbands gedeckt. Die übrigen 800 Zentner wurden nicht an Verbandsmitglieder abgegeben, sondern verschoben. Angeblich hatten die Verbandsmitglieder nicht genug Zucker und andern Rohstoff, daher hätten sie keine Verwendung für den Rest der Margarine gehabt. Der Verbandsyndikus Mülich verkaufte nun zunächst 110 Zentner Margarine zum Preise von 16 Mk. für das Pfund. Der Rest von 690 Zentner Margarine sollte später ebenfalls verschoben werden. Mülich hat die Margarine an einen Vermittler verkauft, der sie in der nächsten Stunde mit 19,50 Mk. für das Pfund an die Händlerin Schmidt in der Markthalle losgab. Diese verkaufte die Margarine mit 23 Mk. und die Kleinhändler, die sie nachher von der Frau Schmidt kauften, ließen sich 25 Mk. für ein Pfund bezahlen. Durch einen Zufall hat die Polizei von dem Schiebergeschäft Kenntnis erhalten. Sie veranlaßte nun, daß die Ware beschlagnahmt wurde. Darauf fuhr Herr Mülich nach Berlin zur Reichsstelle für Fett und Öl, wo er es auch fertig brachte, daß die Beschlagnahme aufgehoben wurde. Bald darauf muß sich aber die Reichsstelle doch genauer informiert haben, denn sie erteilte die Anweisung, daß die Ware doch weiter beschlagnahmt bleibe. Nunmehr hatte sich der Staatsanwalt mit der Sache zu beschäftigen. Der Staatsanwalt Proje hat die Beschlagnahme wieder aufgehoben. Er soll auch keine Einwendungen gegen den von Mülich erhobenen Preiszuschlag zu machen gehabt haben. Es steht also jetzt so, daß die Staatsanwaltschaft ihre Genehmigung gegeben hat zu dem freien Handel mit der Margarine, so daß nunmehr lustig weiter geschoben werden kann.

In 24 Stunden haben die Schieber es fertig gebracht, daß die Margarine von 12,50 Mk. auf 25 Mk. im Preise gesteigert wurde. Wenn die Marktsituation günstig ist, werden sie jetzt unter behördlicher Genehmigung die Preise vielleicht auf 30 Mk. steigern.

Bei dem Schiebergeschäft hat der Rechtsanwalt an einem Zentner 360 Mk. verdient. Das macht bei 110 Zentnern die Kleinigkeit von 38 500 Mk., die in wenigen Stunden verdient waren. Kann der Herr Syndikus die 800 Zentner Margarine verschleppen, dann verdient er dabei 280 000 Mk.

Der Vermittler hat die gleiche Summe verdient, also ebenfalls 38 500 Mk., ebenso Frau Schmidt. Ob die Ware nun Herr Mülich an diesen Vermittler oder an jenen abgibt, ist ganz gleichgültig, ebenso, ob sie Frau Schmidt oder Frau Winter erhält. Das Resultat

ist das gleiche: die Margarine wird dem Volke in unerhörtester Weise verteuert. Mit dem Gewinn des Kleinhändlers beträgt die Verteuerung der 800 Zentner mindestens eine Million Mark.

Was der Staatsanwalt zu diesen Dingen sagt, ist schon bekannt. Die Sache ist in Ordnung! Wer es gibt ja einen Oberstaatsanwalt und sogar einen Justizminister. Ob die auch finden, daß die Sache in Ordnung ist? Vielleicht schreiten die Herren ein, wenn sie nicht gerade zu stark beschäftigt sind mit ihrer aufstrebenden Verfolgung der revolutionären Arbeiter. Und wenn schon, was wird den Schiebern geschehen? Wenn es hoch kommt, erhalten sie einhunderttausend Mark Geldstrafe wegen Kettenhandels; das fällt an dem Geschäft schon noch ab. Die Quittung für diese schamlose Verleumdung muß das Volk am 6. Juni ausstellen durch die Wahl der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Märzämpfe vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig hat dieser Tage der erste Prozeß gegen einen Märzkämpfer stattgefunden. Der Arbeiter Paul Böhm aus Ellenburg hat am 17. März mit andern Arbeitern eine Barrikade besetzt gehalten. Er hat dafür einen Strafbefehl über eine Woche Gefängnis erhalten wegen Anschluß an einen bewaffneten Haufen. B. hat dagegen gerichtliche Entscheidung beantragt. In der Verhandlung erklärte B., daß er berechtigt gewesen sei, an der Bewaffnung des Volkes teilzunehmen, um die Verfassung und die Regierung zu schützen, die den Generalkrieg angeordnet habe. Wenn dann Reichwehrtrouppen angegriffen haben, sei eine Abwehr auch berechtigt gewesen. B. habe nur auf einige Fenster geschossen, aus denen Schüsse erfolgt seien. Das Gericht habe er bei dem Rückzug in den Kanal geworfen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte irregeleitet

Der Nahrungsmittelwucher wächst!

Brot und Kartoffeln sind bereits jetzt so teuer, daß für viele die Preise kaum noch erträglich sind. Trotzdem hat man den Agrariern Mindestpreise für die neue Ernte bewilligt, die eine Verdoppelung der Getreidepreise und eine Verdreifachung der Kartoffelpreise vorsehen. Das ist das Mindeste, was man den Agrariern zugestanden hat. Bewilligen wird man ihnen mehr — wenn der Reichstag nicht anders zusammengelegt wird. Dazu kommt eine weitere Heraushebung der Viehpreise, der Zuckerpreise sowie anderer Nahrungsmittelpreise.

Wer national wählt, wird ausgewuchert.

Wählt daher die Liste der U. S. P. Unsere Partei ist die einzige, die rücksichtslos den Nahrungsmittelwucher bekämpft.

mitgelaufen sei. Die Regierung habe wohl zum Generalkrieg aufgerufen, aber nicht zur Bewaffnung der Massen. Die Reichswehr sei zum Schutze von Ruhe und Ordnung aufgeboten worden und habe die Regierung verteidigt. Deshalb müsse der Strafbefehl bestätigt und die Gefängnisstrafe von einer Woche aufrecht erhalten werden.

Die Schuld an den Straßenkämpfen in Leipzig trifft die Militärs, die am 13. März vorbrachen, gegen friedliche Demonstrationen der Arbeiter nichts zu unternehmen und die dann wortbrüchig am 14. März die wehrlosen Demonstranten überfielen und niederknallten. Bis heute ist noch keiner von den Schuldigen bestraft, aber zahlreiche Arbeiter haben Strafbefehle bis zu fünf Wochen Gefängnis erhalten, weil sie der monarchistischen Reaktion Widerstand leisteten. Die Volkstammeraktion der U. S. P. hat am 20. Mai in der Volkstammer das standesmäßige Vorgehen der reaktio-

nären Justiz scharf gebrandmarkt. Auf das erdrückende Material, das Genosse Liebmann vortrug, wußte der sozialagene Justizminister Dr. Harnisch nichts anderes zu antworten, als daß er in heller Entrüstung über „die maßlosen Uebertreibungen“ des Interpellanten lammerte, das Verlangen des unabhängigen Redners, dafür zu sorgen, daß die Justiz nicht in den Dienst der Reaktion gestellt wird, beantwortet die Justiz mit der gerichtlichen Bestätigung der Strafbefehle gegen revolutionäre Kämpfer. Diese Tatsachen zeigen, daß die Arbeiterklasse noch eine riesengroße Aufgabe zu erfüllen hat. Ein Stilk von dieser Arbeit soll am Wahltage geleistet werden.

Beamte und Reichstagswahlen.

Die Rechtssozialisten wenden sich mit einem Flugblatt an die Beamten. Auf einer Seite sind zwei Illustrationen, die ein- und jekt veranschaulichen sollen. Einmal die Beamten knechte der volksfeindlichen reaktionären Machthaber gewesen, und jetzt wären sie freie Bürger im freien Volksstaat. Daß es noch nicht soweit ist, muß das Blatt auf der anderen Seite aufzeigen. Da steht man: „Die gründliche Reform des Beamtenrechts mußte selber bis nach den Wahlen verschoben werden.“ Noch ist die Autokratie der höheren Beamten nicht beseitigt — das ist vor allem auf die Festigkeit der Rechtssozialisten zurückzuführen, die jetzt um die Stimmen der Beamten betteln. Es war die Revolution, die auch den Beamten mehr Freiheit und Rechte brachte. Statt die Erzeugnisse zu sichern und auszubauen, schlossen die Rechtssozialisten sehr bald ein Bündnis mit den Deutsch-Demokraten und dem Zentrum, die natürlich bestrebt waren, die Macht der Bestenben und der ihnen dienenden hohen Bureauratie aufrechtzuerhalten. So gab es auf dem Gebiete des Rechts, der Wirtschaft keinen nennenswerten Fortschritt. Höchstens bequeme man sich hier und da zu einigen Scheinkonzessionen, die von den Koalitionsparteien als „gewaltige Erfolge der positiven Arbeit“ gepriesen wurden. In Wirklichkeit kostete alles beim alten bleiben. Die Ausbeuterwirtschaft wurde nicht abgebaut, und das autokratische Regiment in den amtlichen Bureaus blieb. Versuche der Beamten, diesen Zustand zu beseitigen, scheiterten. Und wenn die Beamten wieder die Koalitionsparteien wählen, wird es nicht anders. Wollen die Beamten heraus aus Knechtschaft, Leuzung und Not, so müssen sie mit dem revolutionären Proletariat zusammengehen und sich bessere Zustände erkämpfen. Nur auf diesem Wege ist der kapitalistischen Ausbeutung und dem Absolutismus der hohen Bureauratie ein Ende zu machen. Bei der Reichstagswahl aber dürfen die Koalitionsparteien die Stimmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht erhalten. Wer sie wählt, verhindert den Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung und stärkt die Position der kapitalistischen Ausbeuter wie der Bureauratie. Die U. S. P. ist die Partei, die energisch den Kapitalismus und die Autokratie der hohen Beamten bekämpft. Sie allein wird am 6. Juni gewählt.

Merze und Krankenkassen.

Man schreibt uns: Wie bereits in der Öffentlichkeit verbreitet, lehnen die Ärzte jede Tätigkeit für Rechnung der Krankenkassen ab. Sie haben sich bereit erklärt, die Behandlung der Rassenmitglieder als Privatpatienten gegen sofortige Bezahlung der Kosten festzuzahlen. Beträge zu übernehmen. Da die Ärzte genau wissen, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit den Kranken Krankengeld nur auf ärztliche Bescheinigung gezahlt wird, so versuchen sie ihren Maßnahmen gegen die Kasse dadurch Nachdruck zu verleihen, daß sie die Ausstellung der Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen verweigern, auch wenn die Mitglieder bereit sind, sie zu bezahlen. Bei dieser Gelegenheit werden die Mitglieder vom Arzt über den Zweck ihrer Maßnahmen einseitig „aufgeklärt“. Dieses Verhalten der Ärzte ist geäußert, im Kreise der Vericherten eine falsche Meinung aufkommen zu lassen und hat den Zweck, die Krankenkassen zu schädigen, ihnen die Erfüllung ihrer Leistungen unmöglich zu machen. Zur Verhütung der arbeitsunfähigen Mitglieder sei mitgeteilt, daß der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit zum Zwecke des Krankengeldbezuges auch auf andere Weise erbracht werden kann. Die Erwerbsunfähigen wollen sich in solchen Fällen vertrauensvoll an die Verwaltung der Krankenkassen wenden, die das Erforderliche in die Wege leiten werden. Im übrigen ist es Pflicht jedes Vericherten, die Maßnahmen der Kassen aufs strengste zu beachten und den Rassenvorstand im Kampf gegen die Ärzte restlos zu unterstützen. Es handelt sich nicht nur darum, den vertrauensvollen Zustand zu überwinden, sondern auch die Verhältnisse zu erhalten. Werden die Krankenkassen als Träger der wichtigsten sozialen Fürsorge zu erhalten.

Werden die Schuhreparaturen billiger? Die Schuhmacherzinnung zu Leipzig schreibt uns: Eine Frage, die dem Schuhmacher heute von seiner Kundenschaft immer wieder vorgelegt wird, ist die der Verbilligung der Schuhreparaturen und Maharbeit, da doch

Wählt am 6. Juni die Liste Friedrich Geber, Geger

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Shakespeare Thackeray. „Gott sei Dank, das ist vorüber,“ dachte Georg, mit dem Degen unter dem Arm die Treppe hinabsteigend. Und während er schnell nach dem Alarmplatz lief, wo das Regiment gemustert wurde, dem Offiziere und Gemeine von ihren Quartieren her zuweilen, klopfen seine Brust und glühten seine Wangen, — das große Kriegsspiel sollte beginnen und er war einer von den Spielern. Welche wilde Aufregung von Zweifel, Hoffnung und Freude! Welche ungeheure Möglichkeit des Verlusts oder Gewinnes! Was waren aber Bajardspiele, an denen er teilgenommen, im Vergleich mit diesem? Der junge Mann hatte seit seinen Knabenjahren an allen athletischen Geschicklichkeit und Mut erfordernden Kämpfen eifrig teilgenommen. Er war der Vorkämpfer seiner Schule und seines Regiments. Seine Genossen waren überall, von dem Ballspiel des Knaben bis zu dem Garzillowettrennen, hinter ihm zurückgeblieben. Er hatte Hund und von Trumphen gefeiert und überall, wohin er ging, die Bewunderung und den Reiz der Frauen und Männer erregt. Für welche Eigenschaften erzieht der Mensch sobald Beifall ein, als für die der Körperkraft, Tätigkeit und des Mutes? Seit unvorstelllichen Zeiten sind Stärke und Mut in den Romanzen und von den Barben besungen worden, und von Troja bis heute hat die Dichtkunst stets den Krieger zu ihrem Helden gewählt. Ich möchte wissen, ob die Menschen den Mut deshalb so sehr bewundern, und die kriegerische Tapferkeit um so viel höher bewundern und begehren, als jede andre Eigenschaft, weil so alle in ihrem Herzen festliegen sind? Georg sprang daher bei dem Ton des Schlußrufes aus den sanften Armen, in denen er geruht hatte nicht ohne ein Gefühl von Scham (obwohl seine Frau ihn nur mit schwachen Banden gefesselt hielt), daß er dort solange zurückgeblieben war. Alle seine Freunde, die wir gelegentlich zu Gesicht bekommen haben, von dem dicken Major an, der das Regiment zum Kampf führte, bis zu dem kleinen Führer Stubble, der an jenem Tage die

Fahne tragen sollte, waren von gleichem Eifer und gleicher Aufregung ergriffen. Die Sonne ging eben auf, als der Marsch begann — es war ein herrlicher Anblick — das Musikkorps führte die Kolonne an und spielte den Regimentsmarsch — und dann der kommandierende Major auf seinem kräftigen Schlagspeer Pyramus — dann marschierten die Grenadiere mit ihrem Kapitän voran; in der Mitte befand sich die von den beiden Fähnrichen getragene Fahne — dann kam Georg an der Spitze seiner Kompanie. Er blickte auf, lächelte Amalthen an, und ging weiter; und selbst die Töne der Musik verlangten in der Ferne.

Einunddreißigstes Kapitel.

Worin sich Joseph Sedley seiner Schwester annimmt.

Da alle höheren Offiziere nun von ihrer Pflicht abgerufen waren, blieb Joseph Sedley im Kommando der kleinen Kolonie in Brüssel zurück; seine Garnison bestand aus Amalthen als Kapellin, Jldor, seinem belgischen Diener, und der Nonne, die die Haushaltsgeschäfte besorgte. Obwohl Joseph durch Do bins Entfall und die Ereignisse des Morgens beunruhigt und seines Schlafes beraubt worden war, drehte er sich doch mit wachen Augen noch mehrere Stunden im Bett von einer Seite zur andern, bis seine gewöhnliche Zeit zum Aufstehen herangekommen war. Die Sonne stand schon hoch am Himmel und untre tapferen Freunde von — den Regiment waren schon meilenweit auf ihrem Marsch, ehe der Zivilist in seinem gebühten Schlafrock beim Frühstück erschien.

Am Georgs Abwesenheit kümmerte sich sein Schwager sehr wenig. Vielleicht war Joseph innerlich erfreut, daß Osborne fort war; da er, solange Georg im Hause gewesen, stets eine höchst untergeordnete Rolle gespielt und Osborne keinen Anstand genommen hatte, dem dicken Zivilisten seine geringfügigen zu zeigen. Wachsen dagegen war immer gut und aufmerksamer gegen ihn gewesen. Sie war es, die für seine Behaglichkeit besorgt, die Zubereitung seiner Lieblingsgerichte beaufsichtigte, mit ihm spazieren

gesehen oder gefahren war (wozu sie viele, nur zu viele Gelegenheiten gehabt hatte, denn wo war Georg?) und die mit ihrem süßen, freundlichen Gesicht zwischen seinen Zorn und die Mißachtung ihres Gatten getreten war. Sie hatte diesem oftmals leise Vorstellungen in bezug auf ihren Bruder gemacht; er dagegen in seiner schneidigen Weise kurz abgelehnt. „Ich bin ein ehrlicher Mann,“ sagte er; „und wenn ich etwas fähig, so zeige ich es, wie es die Art eines ehrlichen Mannes ist. Wie, zum Kuckuck, mein Schatz kann ich also einem Narren, wie deinem Bruder, Achtung beweisen?“ „Joseph war also über Georgs Abwesenheit froh. Sein auf einem Seltentisch liegender Zirkel und Handhabe, und der Gedanke, daß der Eigentümer fort war, verursachten unserm Joseph ein unbeschreibliches, geheimes Gefühl des Befagens. „Er wird mich wenigstens mit seiner Stützmilene und Underschwärmtheit diesen Morgen nicht plagen,“ dachte Joseph.

„Gehe den Hut des Kapitans in das Vorzimmer,“ sagte er zu seinem Diener Jldor.

„Er wird ihn vielleicht nicht wieder brauchen,“ entgegnete der Datal mit einem schlauen Blick auf seinen Herrn. Er hatte Georg, der ihn mit echt englischer Unverschämtheit behandelt, ebenfalls.

„Und frage, ob die gnädige Frau zum Frühstück kommt,“ sagte Herr Sedley majestätisch, da er sich schämte, mit einem Dienstboten über seine Abneigung gegen Georg zu sprechen. Er hatte jedoch schon mehr wie zwanzigmal gegen den Diener auf seinen Schwager gescholten. Ach, die gnädige Frau konnte nicht zum Frühstück kommen und die Tartines schneiden, wie sie Joseph liebte. Sie war dazu viel zu unwohl und seit ihres Gatten Abreise in einem entsetzlichen Zustand, sagte ihre Nonne. Joseph bewies ihr seine Sympathie durch Einsetzen einer großen Tasse Tee. Dies war die Weise, wie er seine Zuneigung zu beweisen pflegte. Und er ging noch weiter, indem er ihr nicht nur blich Frühstück schickte, sondern auch nachachte, welche Dessertessen sie wohl am liebsten zu Mittag genießen möchte.

Jldor, der Kammerdiener, hatte sehr mürrisch ausgesehen,

„Die Häute im Preise gesunken sind“. Der Messer kann aber immer wieder nur antworten, daß das Leder, das er verarbeitet, nicht wesentlich billiger geworden ist. Der Schuhmacher würde es am meisten begrüßen, wenn ein solcher Preisrückgang erfolgte, ist ihm doch sein Geschäft am meisten erschwert durch die enormen Lederpreise, hat doch schon mancher Schuhmacher seine Selbstständigkeit aufgeben müssen, weil er das Leder nicht mehr kaufen konnte. Die meist interessierende Frage ist nun: Wird das Leder in absehbarer Zeit der Rückwärtsbewegung der Rohhäute in gleicher Weise folgen? — Die Frage wird von Lederfachleuten verneint, und zwar aus folgenden Gründen: Auf den letzten Auktionen wurden für Rohhäute ca. 17 Mk. für das Pfund erzielt, was einschließlich Fracht einem Preis von 26 Mk. für das Kilogramm frei Lager entspricht, gegen 72 Mk. bei den vorherigen Auktionen. Die Lederpreise entsprächen jedoch bloßer den hohen Häutepreisen noch gar nicht, so daß schon dieserhalb ein Fall im gleichen Maße ausgeschlossen ist. Ein Kilogramm Rohhaut ergibt nur 450 Gramm Fertigerleder. Nach dem alten bewährten Gerbereifahren hergestellt, benötigen die Häute mindestens ein Jahr Geduld. Daß die Preise für Kohlen, Maschinenöl, Fette, kurz aller Unkosten, ferner die Gehälter und Löhne eher noch steigen als fallen, weiß ein jeder.

Dazu kommen die von den Ledererzeugern an das Reich zu zahlenden Konjunkturabgaben. Bei einer Produktion von 8000 Haut beträgt die Mai-Abgabe 100 000 Mk., die August-Abgabe 200 000 Mk. Für diese Summen ist Leder an die Regierung zu liefern zu einem Preis, der etwa ein Fünftel der jetzigen Lederpreise beträgt. Da das Reich die Konjunkturverluste nicht vergütet, muß der Herber diese Summen in die Ware einfließen. So zahlt also jeder Lederverbraucher seinen Teil ans Reich, was sehr zur Verteuerung der Waren beiträgt. Das sind, kurz gefaßt, die Gründe, die einer wesentlichen Verbilligung des Leders in nächster Zeit entgegenstehen.

So werden wir uns damit begnügen müssen, daß die Lederpreise und die damit zusammenhängenden Preise für Schuhwaren und Reparaturen eine weitere Erhöhung nicht erfahren dürfen. Dagegen ist ein größerer Rückgang in den Preisen in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Die Mahnzettel wegen der noch nicht gezahlten Einkommensteuern auf den 3. Termin werden, das Steueramt mittelfst, vom 2. Juni ab zugestellt. Die Mahnkosten betragen bis zu 100 Mk.

Vogelstimmen. Das Naturkundliche Heimatmuseum (Tröndlingring 1, Gewerbeausstellung) veranstaltet am Sonntagvormittag zwei Führungen in die Umgebung zum Studium der Vogelstimmen (Führer M. Kirchner, V. Eiserl). Die vorbereitenden Führungen im Museum erfolgen Freitag, abends 8½ und 10 Uhr. Die Einzelstunden liegen Freitag und Sonnabend von 8 bis 1 Uhr und außerdem Freitag von 3 bis 9 Uhr aus.

Schlachthof, Schauamt II. Täglich 9—12 Uhr auf Haushaltartige Ausgabe von einer Dose Rindergulasch für 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste für 4,50 Mk., außerdem dänische Fleischbrühwürfel.

Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 27. Mai.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Fleischmarken B.

Margarine für Bäcker: Abgabe der violetten Feilkarten B bis 31. Mai.

Ausgabe. Zuckerkarten Reihe 17: Nr. 401—800.

Margarine und Zucker für Bäckerinnen: Ausgabe, Stadthaus, Untergesch. Zimmer 822, Bezugsberechtigte A—E.

Für Händler.

Kartoffeln: Bezugselementnahme durch die Großverfeiler für beide Lieferungen.

Teigwaren, Karmelade, Nährmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugselementnahme.

Pollzeinrichten.

Der Feind der Viebespären im Kojentale! Seit längerer Zeit sind viele Personen, meist Viebespären, die sich in den späten Abendstunden auf den Promenadenbänken im Kojentale, namentlich denen in der Nähe des Föhrdenkmalts bzw. des Lokals Bonorand ein Stehblech gegeben hat, ohne daß sie es irgendwie bemerkt hätten, um Gegenstände, die sie neben sich auf der Bank abgelegt hatten, bestohlen worden. Durch Passanten, die wiederholt Gelegenheit gehabt hatten, Bestohlene zu sprechen, ist am 19. d. M. ein 35 Jahre alter Schlosser aus L.-Vindobau der Polizei übergeben worden, der sich an einer der Bänke im Gebüsch versteckt hatte und dort auf seine Opfer lauerte. In seiner Wohnung fand man u. a. einen grünen Herrenstulz mit schwarzem Band, 1 Perlenhandtaschen, eine runde Damenhandtasche aus schwarzem Leder, eine rechteckige gleiche Tasche, ein rotbraunes ledernes Damenhandtäschchen, eine Damengeldbörse, mit gelbem Schloß aus schwarzem Leder, eine Damenbrille mit weißem Schloß, eine solche aus weißem Metall, eine Bernsteinhalsteile, einen goldenen Damenring mit kleinem weißen Stein, 1 Paar blaue Damenwollhandschuhe, 14 Taschentücher, sowie verschiedene Kleinigkeiten. Den Inhalt der Taschen und Börse hat der Dieb versteckt. Da sich die Eigentümer der hier aufgeführten Gegenstände vermutlich geheset haben werden, Anzeige zu erstatten, so werden sie hierdurch erucht, dies jetzt schleunigst nachzuholen, damit der gemeingefährliche Mensch in möglichst vielen Fällen des Diebstahls überführt werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Als 6. Heimatbuchredner sprach Professor Schilling, der Verfasser des bekannten Tierbuches „Mit Witz und Blick“, über Weltnaturgeschichte. Es war eine Freude, dem frischen, fröhlichen, von Humor und Laune gewirkten Vortrag zu folgen, der, ganz wie es das Thema erfordert, von kosmopolitischem Denken getragen war, was man heute nicht allzuoft erlebt, und was im Hinblick auf gewisse Kreise für den Naturerkenntnis ein Gewinn bedeutet. Schilling hat besonders das vorbildliche Verhalten Amerikas in Sachen des Naturgeschützes hervor, das z. B. durch ein Gesetz festliche Einfuhr von Vogelfedern streng bestraft. Große Vorkerkel löste die Bemerkung aus, daß auch einseitige Fremde unter dieses Gesetz fallen, daß also wilschischen Passagieren unter Umständen die Feder vom Dute beschlagnahmt werden kann. Am Beispiel der wandernden Vögel legte Professor Schilling dar, wie engartig die Auffassung derer ist, die in ihren Naturgeschichtsbüchern nicht über die enge Heimat hinaussehen möchten. Da freilich die traurige Lage unseres Volkes ihm weit nicht gehaltet, durch Taten solche Ideale zu verwirklichen, auch wenigstens die Presse über unsere erzieherischen Einflüsse auf

Ein gefährlicher Kinderfreund! Am 17. Mai, während der Mittagsstunden, hat ein Mann in der Leipziger Straßenbahn-Uniform in der Artilleriestraße in Leipzig-Gohlis ein sechsjähriges Mädchen nach den in der Nähe befindlichen Anlagen gelockt und sich dort unstillig an ihm vergangen. Der Mann soll Joppe getragen haben, 1,70—1,75 Meter groß, schlank sein und kurzen, englich geschnittenen Schnurrbart getragen haben. Wer über diesen Vorfall Beobachtungen gemacht hat, wolle dies recht bald der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache mitteilen.

Tödlicher Unfall! Ein 19-jähriger Photograph aus Leipzig, Lindenan, der am Abend des 21. Mai unbesorgt an einem vor einem Hause in der Fröbelstraße in Leipzig-Blagwitz aufgestellten Leitergerüst umhergeklüftet ist, ist von diesem infolge Bruches einer Sprosse abgestürzt. Er wurde zunächst nach der IV. Sanitätskassette gebracht, ist aber dann auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben. Fremdes Verschulden liegt nicht vor.

Zeugen gesucht! Am 15. Mai, gegen 2 Uhr nachmittags, ist an der Ecke der Karl-Heine-Straße und Nonnenstraße ein sechs Jahre alter Knabe von einem Radfahrer überfahren worden, wobei er einen Bruch des linken Oberarmes erlitten hat, der die Aufnahme in das Krankenhaus St. Jakob nötig machte. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Anschriften der Kriminalpolizei oder der nächsten Wache mitzuteilen.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein schwächlicher Anfang.

Der sächsische Landesstatthalter Graf v. Münster-Norkburg ist vom Wirtschaftsminister Schwarz plötzlich seines Amtes enthoben worden, und zwar mit der Begründung, daß Graf Münster sich bei der Mutierung von Pferden auf Abgabe an die Entente absichtlich über einzelne sächsische Minister geäußert und außerdem die Art der Viehhäufelung einer kaisertreuen Kritik unterzogen haben soll. Die reaktionäre Presse schämt natürlich vor Wut und entrüstet sich weidlich über die „Rückwärtsbewegung“, mit der von der Regierung politisch anders Denkende gemagregat werden, wenn sie ein offenes Wort der Kritik wagen. Sie hat bereits pölig vergessen, daß sie bisher ein System künftige, besser ganze Regierungsweltweit dazu bestand, einen jeden, dessen konservative Gesinnung nicht zweifelhaft sei, von verantwortlichen und einflussreichen Stellen fernzuhalten. Im übrigen zehnet sich das Vorgehen des Ministers nicht gerade durch besondere Frechheit aus. Die Dresdner Volkszeitung bezieht sich, mitzuteilen, daß Graf v. Münster nicht entlassen, sondern nur suspendiert ist und daß ihm nachgelesen ist, keine Entlassung einzufordern. Der Herr Landesstatthalter ist also sehr rücksichtsvoll behandelt worden. Unseres Erachtens könnte es gar nichts schaden, wenn man in allen Verwaltungszweigen etwas engerhaltend gegen alle diejenigen Elemente vorzöge, die aus ihrer gegenrevolutionären Gesinnung kein Hehl machen und durch offene oder versteckte Sabotage aktiv die Gemeinschaftsarbeit hindern.

Die Folgen überleiteter Gesetzesmacher.

Bei der Verabschiedung der Besoldungsvorlage hatten unsere Vertreter in der Volkstammer gegen die Durchsetzung der Vorlage protestiert und auf die Folgen hingewiesen, die die überhäufige Annahme des unzulänglichen Entwurfs haben werde. Raum ist die Vorlage Gesetz geworden, da zeigt sich ja auch schon, wie begründet unser Protest war. Anstatt eine Beförderung der Beamten ist eine weitere Verdrängerung eingetreten. Erst kommen die Lehrer mit einer Reihe von Wünschen. Dann stellen die Gemeindebeamten ihre Forderungen. Jetzt kommt die sächsische Staatskapelle, und viele andere werden noch folgen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Forderungen, die manchmal in recht unpassender Weise erhoben und begründet werden, zu erfüllen werden. Aber jedenfalls hätte sehr viel unnütze Aufregung vermieden werden können, wenn man sich weniger von der Rücksicht auf die Wähler hätte leiten lassen, und anstatt immer einseitige Beamtenpolitik zu treiben, die Interessen der Allgemeinheit und die Leistungen der Beamten für die Allgemeinheit in den Vordergrund gestellt hätte.

Ungarier-Rache.

Der Rittergutsbesitzer Reithold in Teitau bei Meerane, eine deutschnationale Herde der sächsischen Volkstammer, macht wieder einmal von sich reden. Herr Reithold hatte sich bereits früher dadurch unangenehm bemerkbar gemacht, daß er die Landwirte zur Schulden gegen die Anordnungen der Regierung ermunterte. Während des Kappuzins hat der Aktionsausschuss in Meerane bei Herrn Reithold 80 Zentner Kartoffeln beschlagnahmt und der hundertenden Meeraner Bevölkerung ausgeführt. Das konnte der agrarische Volksvertreter, dem so die Möglichkeit genommen war, die Kartoffeln etwa auf Schleichhandelswegen zu höheren Preisen loszuschlagen, nicht verwinden. Zum 1. Juni wurde der Stadt Meerane durch die Gemeinde Teitau der Kartoffellieferungsvertrag gekündigt.

Hier zeigt sich die „nationale“ und volksfreundliche Gesinnung der Ungarier in ihrer Reinheit. Die „unbotmäßige“ Bevölkerung muß hungern, wenn sie es wagt, den Herren vom Lande etwas genauer auf die Finger zu sehen und sie an ihre Pflichten zu erinnern. Zu bewundern ist nur die Langmut, mit der man der fortgesetzten Provokation durch die agrarischen Schnapphähne zuseht.

Der sächsische Philologenverein.

hielt vom 14.—16. Mai in Dresden eine Vertreterversammlung ab. Hinsichtlich der Schulleitung wurde beschlossen, an dem Rektorat festzuhalten. Sogenannte kollegiale Schulleitung würde nicht dem Wesen eines gelunden Schulorganismus gerecht werden können. Freilich ist der Schulleiter grundsätzlich an die Beschlüsse des Lehrerrats gebunden. Der Schulleiter soll von der Behörde

vielen, um allem Utilitarismus, aller nackten Gewinnsucht zum Trotz, Verständnis und Liebe für unsre Mitgeschöpfe in aller Welt — und seien es auch „bloß“ Tiere — in die breitesten Schichten des Volkes zu tragen. Wie idiosyncratisch und verfehlt solcher Utilitarismus ist, machte der Redner in einem heftigen persönlichen Angriff gegen Geheimrat Schiemens klar, der seit Jahren die unbedingte Ausrottung aller Fischfeinde fordere. Der einzige Erfolg dieses brutalen Vorgehens sei die Vernichtung einer ganzen Reihe der schönsten Tiergattungen, an denen unsre Heimat einst reich war, so der Fischreiher, Wägen u. a., und zugleich die völlige Verbüdung unsrer Flüsse, Seen und Teiche. Denn den Fischfeinden fallen nur die frischen, schlachten Exemplare zum Opfer. Diese bleiben aber erhalten, sobald ihre Feinde vernichtet werden, und verbreiten unter den gesunden Fischen Krankheiten. Große Fischschulen und -herden sind die Folge. — Im zweiten Teile seines Vortrages brachte Prof. Schilling eine Reihe prächtiger Lichtbilder, wahrer Naturdokumente, die Frucht von 1½ Jahrzehnten mühseliger, mit ungehörem Strapazen und Todesgefahr verknüpfter Forschungsarbeit in den Steppen Afrikas. Sie sind aus seinem oben angeführten Werke bereits bekannt, doch das sein kolorierte Lichtbild gab ihnen den vollen Reiz zurück, der ihnen bei der einsarbigen, vergrößernden Wiedergabe durch das Illustrationsverfahren genommen wird. Man beobachtet unter anderen eine ganze Anzahl schöner Antilopenarten, einzeln und in großen Rudeln, in Ruhe und auf der Flucht, Nashorn und Nilpferd — Aufnahmen, die sonst noch nie in der Wildnis gelungen sind —, Elefanten, Löwen beim Ueberfall auf Bebras an der Tränke, den Leoparden auf der Spur von Gazellen, eine ungeschorene Fülle der interessantesten Bilder aus dem reichen Tierleben der afrikanischen Steppe bei Tage und bei Nacht. Den Schluß bilden „Lichtbilder“, d. h. Anatomographische Aufnahmen, die Wurmsticker, Gense, Stein- und Seebler, Reiber usw. in Bewegung zeigen. Die Tiere waren mit einem Teleapparat nach einem vom Ingenieur Hübel-Stuttgart erfundenen Verfahren aus großer Ferne aufgenommen und geben sich, da sie sich unbedacht glaubten, vollkommen natürlich. — Dossentlich kommt der schöne Plan Prof. Schillings, seinen Vortrag noch einmal vor einem größeren Publikum, vor allem Schülern, unentgeltlich zu wiederholen, zur Ausführung. Der Dank aller Naturfreunde wird ihm gewiß sein. H. B.

vorgeschlagen werden. Jedes Kollegium hat das Abrechnungsrecht. Da der Schwerpunkt der Beschäftigung über alle Lebensstadien einer Schule in den Lehrerrat gelegt ist, wurden besondere Lehrerausschüsse als Kontrollorgane als überflüssig abgelehnt. Für Elternbeiträge beschloß man endgültig die Satzungen. Der Zusammenschluß aller Gattungen von Lehrern zu einer Arbeitsgemeinschaft (Lehrerbund) wurde gutgeheißen. Die Elternbeiträge sollen fallen. Dem Elternhaus wird es möglich gemacht, mehrmals jährlich in sogenannten „offenen Wochen“ oder nach Vereinbarung mit dem betreffenden Lehrer dem Unterricht beizuwohnen. Zur bevorstehenden Besoldungsreform wurde die weitere Gleichstellung mit allen andern Volkshochschülern (z. B. den Juristen) betont. Aus der umfangreichen Tagesordnung seien noch u. a. erwähnt die Frage der Aufnahme der Philologinnen, das wilschische Rektorat, Versicherungen der Amisgenossen, die Schaffung einer neuen Ordnung für den Lehrerrat und einer Dienstverweisung für die höheren Lehrer.

Die sächsische Regierung gegen die Förderung der Zwangsbevirtschaftung.

Dresden, 19. Mai. Bei der Beratung der Ernährungsminister der einzelnen Länder über die zukünftige Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung am vergangenen Sonnabend in Berlin hat die sächsische Regierung mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß für eine Förderung der Zwangsbevirtschaftung auf allen Gebieten, insbesondere auch auf dem der Kartoffeln, die Zeit noch nicht gekommen sei. Sie ist weiter dafür einsetzend, daß der Daseinwider in die Zwangsbevirtschaftung einbezogen wird.

Königswalde im Erzgebirge. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es hier in einer der letzten Nächte zwischen Schmutzern und Grenzbeamten, in dessen Verlauf es zu einem Feuergefecht kam. Beschlagnahmt wurden für einige Tausend Mark Rum, ein großer Vollen Seide, viele andere Waren und gegen 4000 Mark bares Geld. Rum ist ein besonders beliebtes Schmutzobjekt aus dem nahen Böhmen.

Schnau. Im Gasthaus zu Stelzendorf ist in der Nacht zum 20. Mai aus einem verschlossenen Pferdewagen ein etwa drei Zentner schwerer Elektromotor von 5 PS, 220 Volt im Werte von 10 000 Mk. gestohlen worden. Weiter wurde aus einem Gastzimmer die Ventilatoreinrichtung mit einem kleinen Elektromotor gestohlen. Etwasge Wahrnehmungen und Mitteilungen erbittet die Genbarmerstation Schnau.

Muerbach i. C. Der Lehrling Reitermann stürzte so unglücklich vom Rade, daß er besinnungslos aufgehoben werden mußte. Er hat eine Gehirnerschütterung davongetragen.

Glauchau. Ein fünfjähriges Kind wollte einem zweijährigen zu trinken geben. Unglücklicherweise nahm es eine Flasche mit Salmiakgeist, wodurch das bedauernswerte Kind innerlich so schwer verbrannte, daß es verstarb. — Der fünfjährige Knabe Schmitz fiel in die Wulbe und ertrank.

Gerodorf. Von einem Herzhals betroffen wurde beim Baden der 10-jährige Gutsbesitzerhohn Bergmann. Er fand den Tod im Wasser.

Grün i. B. Die Gastwirtin Künzel und ihre 35-jährige Tochter machten ihrem Leben durch Vergiftung eine Ende. Der Grund der Tat ist unbekannt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Baunsdorf. Oessentliche Gemeindeversammlung. Die Beratung des Haushaltsplanes wurde an den Finanzausschuss zurückerwiesen. — Für das Rinderheim sollen bessere Räume beschaffen werden. Die Amtshauptmannschaft hat die Genehmigung zum Bau von Wohnhäusern zwischen Rathaus- und Friedrichstraße in Aussicht gestellt. Die Straßenausbesserungen im neuen Ortsteil werden, soweit sie nicht ausgeführt sind, in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Der Gaspreis beträgt bis auf weiteres 1110 Mark für den Kubikmeter. Der 3. Nachtrag zur Steuerordnung wurde in zweiter Lesung genehmigt. Die C-Kartoffelmengen sollen in den dringenden Fällen mit ½ Zentner auf den Kopf befreit werden. Von 180 Erholungsbedürftigen sollen etwa 108 in Erholungsheime geschickt werden. Durch die Mittel der Amerikastiftung werden zur Zeit täglich 280 Kinder gespeist.

Reusa. Aus dem Gemeinderat. In einer Vertagung brodt die Amtshauptmannschaft nach § 80 der noch geltenden alten Landgemeindeordnung gegen die Gemeinde vorzugehen, wenn der Gemeinderat die Einhebung der Kirchensteuern nicht bewirken will. Bis zum 31. März d. J. sind die Kirchensteuern nicht erhoben worden. Von diesem Zeitpunkt an hat die Gemeinde keine Möglichkeit und gesetzlich festgelegte Unterlagen für die Erhebung von Gemeindesteuern, worunter bisher auch die Kirchensteuern zu rechnen waren. Daß die Gemeinden seit 1. April in steuerlicher Beziehung völlig in der Luft schweben, sollte selbst der Amtshauptmannschaft Grimm bekannt sein. Dem scheint aber nicht so, sonst würde diese nicht mit dem § 80 der Landgemeindeordnung und ihrer Nachbegründung drohen. Augenscheinlich soll der Herrenstandpunkt einer losaltistischen Gemeindevorstandtheit gegenüber zur Geltung gebracht werden. Uns kann es recht sein, je härter, desto besser. — Von einem Schreiben der Zähr. Gadsgeellschaft, nach welchem in Zukunft der gemeindliche Gasverbrauch vertragsgemäß berechnet werden soll, nahm man Kenntnis. — Der Steinbruchbesitzer R. G. teilt mit, daß er die imgegebene „Sommerwohnung“, welche ihm vertraglich nach bis zum 30. August 1922 zuzuse, geräumt habe. Er klagt daran Beschwerden über ein Zimmer in der Wohnung des Hausbesizers D. Diese wurden abgelehnt. Gegen die vorläufige Benutzung sei nichts einzuwenden. Nachdem der Herr Steinbruchbesitzer G. zur Räumung seiner „Sommerwohnung“ veranlaßt werden mußte, hat er noch den „Wut“, Bedingungen zu stellen. Hier merkt man wieder, wer das „Mittleren“ gewöhnt ist. — Der Mantagenerbesitzer R. M. erucht um Erteilung der Genehmigung zur Herstellung demisch-technischer Gebrauchsschriften innerhalb seines Grundstücks. Der Bauausschuss soll zunächst eine Bestätigung der in Betracht kommenden Räume vornehmen. — Nach einem Schreiben der Kircheninspektion ist dieser der Pachtpreis von 75 Mk. für einen Acker Watzfeld nicht mehr den Verhältnissen entsprechend. Ein Sachverständiger hat der Inspektion vorgeschlagen, 120 Mk. pro Acker zu verlangen. Auch die Kirche macht sich die Erzielung höherer unverbinder Gewinne zu eigen. Mag auch ihr Wort: „Ost den Armen! damit in die Brüche gehen. Da die Pachterträge mit den Unterpächtern zu dem alten Preise auf sechs Jahre abgeschlossen sind, werden Unterpächtern sich kaum vermelden lassen. — Von einer eigenen Bewirtschaftung der diesjährigen Kirchennutzung wurde abgesehen. Die öffentliche Ausschreibung und Verpachtung soll erfolgen. — Längere trübselige Auseinandersetzungen verursachte die Behandlung der Wohnungsanlagenangelegenheiten. Auf alle Einzelheiten wollen wir nicht eingehen. Der Einwohnerchaft ist aber zu raten, sich selbst an Ort und Stelle zu unterrichten. — In vertraulicher Sitzung wurden zwei Besuche um Neuregelung der Gehälter des Gemeindevorstandes und des Gemeindevorstandes behandelt. Erstes wurde zur weiteren Prüfung dem Finanzausschuss überwiesen, letzteres erbleibt.

Zwenkau. Aus dem Stadtgemeinderat. Es ist die Einführung von Kraftwagenlinien geplant. Eine derselben soll von Leipzig über Großhauer und Entha nach Zwenkau geführt werden und dem Verjonen und Städtgüterverkehr dienen. Die Stadt, die sich dazu äußert und gegebenenfalls eine Garantie-summe leisten soll, hat geantwortet, daß für Zwenkau nur eine direkte Linie über die Koburger Straße möglich sei. — Für die neu gegründete Lehrstelle sollen dem Schulvorstand folgende Bewerber vorgeschlagen werden: Bedor (Regis), Viehäger (Mügeln) und Zahn (Kochsbar). Die Amtshauptmannschaft will es nicht zulassen, daß die Gehälter für den Kurzkurs aus schließlich von den Besitzern und Pächtern außerhalb der Stadt gelegener Wiesen- und Feldgrundstücke erhoben werden. Infolgedessen ist das Ortsgesetz dahin abgeändert worden, daß ein Viertel, höchstens aber die Hälfte der Kosten des Kurzkurses als Kostensaufwand auf die Stadtlaste übernommen wird. Als Genossen beantragten, die Kirchnutzung in städtische Regie zu übernehmen.

